

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Nr. 121.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 16. Oktober 1906.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltene
Stonpareilleseite 25 Pfennig;
Versammlungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

44. Jahrg.

An die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

Die aus allen Teilen des Verbandsgebietes eingehenden Berichte über den Verlauf der Versammlungen, in denen man sich mit den Ergebnissen der Tarifverhandlungen beschäftigte, lassen erkennen, daß in den meisten Fällen eine vollständige Verkennung der derzeitigen Verhältnisse im Gewerbe das ablehnende Urteil der in Frage kommenden Versammlungen diktierte. Der unterzeichnete Vorstand hält es daher dringend geboten, die Kollegen darauf zu verweisen, daß die Art und Weise, wie man zu den einschlägigen Verträgen Stellung nahm, dazu angetan ist, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder aufs schwerste zu gefährden. Aus diesem Grunde und in Würdigung des Ansehens und der Vertragsfähigkeit und -treue des Verbandes wie in Hinblick auf die gewerbliche Lage überhaupt müssen wir darauf aufmerksam machen, daß eine in ihrer Wirkung allgemein schädliche Beurteilung und Ablehnung der neuen Abmachungen mit der Prinzipalität in gar keinem Betracht an den rechtsgültig abgeschlossenen Verträgen etwas zu ändern vermag. Dieselben sind unter Berücksichtigung der tarifgemeinschaftlichen Entwicklung und der gewerblichen Tatsachen zustande gekommen, gleich fern von eingebildeten oder willkürlichen Vorstellungen wie von einem den Gehilfenvertretern unterschobenen freiwilligen, den Interessen der Prinzipale dienenden Entgegenkommen.

Die Aufrechterhaltung des Vereinstandes ist sowohl eine Ehrenpflicht der Organisation wie sie eine zwingende Notwendigkeit für die Wahrnehmung der Interessen der Gehilfen und die Konsolidierung der allgemeinen tariflichen Errungenschaften ist. Wir müssen um des Interesses der Gesamtgehilfenschaft willen dringend wünschen, daß man von einer unfruchtbaren, leider wiederum durch die führenden Parteiorgane „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ absichtlich aufgestachelten und genährten Opposition gegen den neuen Tarif Abstand nehmen, dafür aber bemüht sein möge, durch ein geschlossenes Vorgehen im geeigneten Momente die Vorteile des neuen Tarifes der Kollegenschaft möglichst allgemein nutzbar zu machen. Eine solche Arbeit wäre des Aufwandes an Kraft würdig, die jetzt anscheinend nur tatloser Opposition und bedauerlicher Disziplinwidrigkeit geopfert wird.

Ohne Preisgabe der tariflichen Vereinbarungen und deren materiellen Inhalt, ohne das Risiko tiefgreifendster und in ihren Folgen unabsehbarer Verwickelungen im Gewerbe und in der Organisation besteht keine Möglichkeit, irgend eine Abänderung an den geschlossenen Verträgen herbeizuführen. Darum möge die Kollegenschaft sich auf sich selbst besinnen und sich auf den nach langer und reiflicher Ueberlegung von ihren berufenen Vertretern gefundenen Boden vereinigen, auf dem gemäß der gefaßten Beschlüsse und getroffenen Vereinbarungen im Interesse des Ganzen zu wirken jedes Mitgliedes Pflicht ist.

Berlin, 12. Oktober 1906.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Emil Döblin.

Einen Appell und ein Mahnwort

richtet mit der vorstehenden Rundgebung der Verbandsvorstand an die Mitglieder des Verbandes. Daß die oberste Leitung des Verbandes gleich uns entschlossen für die Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen eintritt, ist eigentlich selbstverständlich. Auch der Verbandsvorstand muß beklagen, „daß die Art und Weise, wie man zu den einschlägigen Verträgen Stellung nahm, dazu angetan ist, die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder aufs schwerste zu gefährden“. Wir haben dies in den vorausgegangenen Artikeln bereits so deutlich nachgewiesen, daß wir uns nicht wiederholen wollen. Jeder Kollege wird die zutage tretende Enttäuschung begreifen, weil die zehnprozentige Löhnerhöhung den vollen Ausgleich nicht bildet, wie er durch die allgemeine Teuerung auf allen Gebieten der Lebenshaltung eines Arbeiters notwendig wäre. Wer weiß aber einen bessern Ausweg, der höhere Löhne sichern könnte? Natürlich einen solchen Ausweg, der die Geschlossenheit der Organisation dabei garantieren und diese Löhne dauernd stabilisieren würde. „Die gewerbliche Lage“, von der auch der Verbandsvorstand spricht, sie bleibt der Grund und Boden, mit dem einzig und allein unsere wirtschaftliche Existenz zu rechnen hat, und diese wiederum wird in der Höhe und Tiefe von der Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse abhängen. Der fundamentale Irrtum, welcher zurzeit die Oppositionsbewegung hervorgerufen, besteht darin, daß man dem Tarifvertrage eines Berufes die Kraft vindiziert, die gesamten Folgen unseres Wirtschaftssystems gegen-

standslos zu machen. Man glaubt, um ein Wort von uns in Dresden zu gebrauchen, aus der Tarifgemeinschaft herauszuholen zu können, was anderseits die ganze wirtschaftliche „Ordnung“ nicht zuläßt. Die Tarifgemeinschaft ist nur der unvollkommene Ausdruck unvollkommener wirtschaftlicher Verhältnisse; das muß aber eingesehen werden.

Heute tut man so, als ob es lediglich an den „verräterischen“ Gehilfenvertretern gelegen habe, für das Buchdruckgewerbe das Dasein und die Wirkungen der privatkapitalistischen Produktionsweise auszuschalten. In diesem Sinne spricht der Verbandsvorstand von „einer vollständigen Verkennung“ wirtschaftlicher und gewerblicher Tatsachen. Wäre durch die Tarifvereinbarungen dem Arbeiter es möglich, zu seinem vollen wirtschaftlichen Rechte zu gelangen, zu einer völligen Befriedigung seiner materiellen Ansprüche, zu einem ständigen Ausgleich zwischen Teuerung und Einkommen, würden ja alle übrigen Bestrebungen der Arbeiter gegenstandslos sein — dann wäre das Allheilmittel für die Lösung der sozialen Frage gefunden! Daß es mit der Tarifgemeinschaft nicht an dem sein kann, weiß jeder, den in diesen Tagen eine begreifliche, aber ungerechte Enttäuschung nicht blind gemacht hat und dem so viel Einsicht bewahrt blieb, daß er die gewerblichen Tatsachen noch objektiv zu beurteilen vermag. An dieses Verständnis, an diese Würdigung der Gesamtverhältnisse appelliert der Verbandsvorstand, und darum spricht er zutreffend von einer „in ihrer Wirkung allgemeinschädlichen Beurteilung und Ablehnung der neuen Tarifabmachungen“.

Können wir aber nun auch nicht die Wirkungen der heutigen Wirtschaftsordnung in unserm Gewerbe durch Tarifvereinbarungen gegenstandslos machen, so bleibt uns doch ein weites Gebiet übrig, auf dem wir reformierend und verbessernd die Kraft der Organisation zur Geltung bringen können. Die Grenzen dafür ergeben sich bei uns in den Tatsachen des Gewerbes. Innerhalb dieser Grenzen ist der Tarifvertrag zustande gekommen, und keine Macht, und wäre sie noch so groß, wird die Verhältnisse meistern können, die für den Tarifabschluß in seiner gegenwärtigen Form maßgebend waren. Daß auch nur ein Gehilfenvertreter das Erreichte als ausreichend für die Lebenshaltung der Gehilfen bezeichnen könnte, ist total ausgeschlossen; aber was sie tun müssen, ist, zu sagen, daß aus dem Gewerbe zurzeit nicht mehr herauszuholen war. Es trifft hier ein früheres Wort des Berliner „Vorwärts“ zu, daß die „objektiven Gesetze des Marktes“ nicht ignoriert werden dürfen, und daß auch für unsern Tarifvertrag diejenigen Einsprüche maßgebend waren, „die im modernen Wirtschaftsleben sowohl von Unternehmern wie von Arbeitern nicht nach Belieben beseitigt werden können.“ Leider ist das nun einmal so, und wir haben uns damit abzufinden. Trotz des vollen Verständnisses der Gehilfenvertreter für die Notlage der Gehilfenschaft durften sie doch nicht weiter gehen, als es das Gewerbe zuläßt. Glaubt man, daß in diesem Falle die Führer der Gehilfenschaft ein geringeres Verständnis besitzen als diejenigen, welche jetzt in der beleidigendsten Weise von „Arbeiterverrat“ und ähnlichen idealen Nippsachen reden? Wo hat es noch jemals für eine Gewerf-

schafft eine Vereinbarung oder einen Streit gegeben, durch welche die Arbeiter eine volle Befriedigung ihrer Wünsche erhalten hätten? Das wird unter der heutigen Wirtschaftsordnung nie möglich sein, und nur mechanische Begriffe können von den Verbandsführern verlangen, daß sie einen Tarif mit nach Hause bringen sollen, der keine Wünsche mehr übrig läßt. Es sind daher, um mit dem Verbandsvorstande zu reden, nur „eingebildete oder willkürliche Vorstellungen“, die über alle ernsthaften und maßgebenden wirtschaftlichen und gewerblichen Faktoren hinweg den Gehilfenvertretern Aufgaben stellen, die nie eine volle befriedigende Lösung finden können.

Aus diesem Stimmungsmilieu heraus läßt sich die Forderung verstellen, daß neue Tarifverhandlungen eingeleitet und dort höhere Forderungen der Gehilfenschaft tariflich festgelegt werden sollen. Es ist erfreulich, daß da der Verbandsvorstand klipp und klar erklärt, daß „in gar keinem Betracht an den rechtsgültig abgeschlossenen Verträgen etwas geändert werden kann“. Wäre die Möglichkeit vorhanden gewesen, höhere tarifliche Sätze zu vereinbaren, so wäre dies ohnehin geschehen; so aber würden neue Tarifverhandlungen, wozu sich übrigens die Prinzipalität aus leicht begreiflichen Gründen nicht herbeilassen wird, an dem Bestehenden nichts ändern können. Das ist ja eben der Zweck des Vertragsabschlusses mit, daß er künftighin im Gewerbe für alle die Möglichkeit eines harmonischen Verhältnisses zwischen Soll und Haben schaffen soll. Statt nun der Organisation der Gehilfen jetzt eine äußerst gefährliche Experimentierpolitik aufzuweisen, möchte man lieber bestrebt sein, energievoll die neue Situation auszunutzen und im Laufe der nächsten fünf Jahre auf Zustände im Gewerbe hinzuwirken, die besser wie heute den berechtigten Anforderungen der Gehilfen Rechnung zu tragen vermögen. Mit dem Verlangen nach neuen Tarifverhandlungen kommen wir keinen Schritt vorwärts. Sie liegen nicht im Bereiche der Möglichkeit, und der Ruf nach ihnen birgt übrigens eine gehörige Portion unlogischer Beurteilung der gegenwärtigen Lage. Einmal haben die Gehilfenvertreter nach der oppositionellen Anschauung sich als unfähig erwiesen, den Interessen der Gehilfen gerecht zu werden. Will man nun diese selben Leute zu erneuten Verhandlungen schicken, um sich von einer solch „versumpften Gesellschaft“ mehr zu erhoffen, als sie bereits nach Hause gebracht haben? Zum andern können doch die Gehilfen ihren Vertretern keinen andern Auftrag erteilen, als er ihnen bereits mit auf den Weg gegeben war. Wenn die Gehilfenvertreter nun den erstmaligen strikten Auftrag nicht erfüllen konnten, worin erblickt die Gehilfenschaft die Garantie, daß es das zweitemal geschehen würde? Dann noch eins: Würden die Prinzipalvertreter bei abermaligen Verhandlungen das nötige Vertrauen in die Fähigkeit der Gehilfenvertreter setzen können, mit ihnen Verträge abzuschließen, wenn jene bewiesen haben, daß sie das Vereinbarte nicht durchzuführen vermögen? Und wenn nun die Gehilfenschaft wiederum mit den Ergebnissen der neuen Verhandlungen nicht zufrieden sein sollte, wo ist dann die Stelle und wer sind die Personen, welche für uns rechtsverbindliche Verträge einzugehen vermögen? Es ist daher dem Verbandsvorstande nur in vollem Umfange beizupflichten, daß „ohne Preisgabe der tariflichen Vereinbarungen und deren materiellen Inhalt“ keine Möglichkeit besteht, „an den geschlossenen Verträgen auch nur das Geringste zu ändern“. Da wir der Prinzipalität nicht gestatten, an dem Vereinbarten zu rütteln, müssen auch wir „in Würdigung des Ansehens und der Vertragsfähigkeit und -treue des Verbandes“ das Vereinbarte hochhalten, und statt einer unfruchtbaren Opposition „durch ein geschlossenes Vorgehen im geeigneten Momente die Vorteile des neuen Tarifes der Kollegenschaft möglichst allgemein nutzbar machen“. Das wäre ein Programm, das der Kollegenschaft nützlich, das die ganze Kraft eines jeden Kollegen erfordert und uns den innern Frieden und Respekt nach außen verschaffen würde. So aber blüht nur der Weizen der Tarifgegner in allen Lagern.

Sind denn die Vorteile des neuen Tarifes wirklich so gering, daß es sich nur verlohnt, dagegen zu opponieren und die mühevoll, tagelange Arbeit verantwortungsvoller Gehilfenführer herunterzureißen? Ist das Vertrauen in unsere Verbandsleitung — diesen Begriff im weitesten Maße gedacht — bereits so weit erschüttert, daß alle für die Gesamtheit geleistete Arbeit, alle Warnungen und alle von ihr dargelegten Tatsachen verhöhnt werden, während man der niedrigsten und verächtlichsten Demagogie, wie sie ein Maier in Mannheim betreibt, zujubelt? Hat die Redaktion des „Korr.“ mit ihren Begründungen oder jener anonyme Herr im „Halle'schen Volksblatt“ recht, der von einem „schmähligen Tarife, der gar keinen Fortschritt bedeutet“, schreibt? Wir sind es recht herzlich satt, in die Kollegenschaft zu dringen, den Tarif zu akzeptieren, wenn sie nun einmal glauben sollte, daß eine Anzahl in erbaulicher Geze vereinigter Parteiblätter die Interessen des Verbandes und seiner Mitglieder besser vertreten als wir. Es liegt uns gänzlich fern, jemand gegen seinen Willen glücklich zu machen. Aber so viel können wir noch von der Kollegenschaft verlangen, daß sie wenigstens prüft, was man ihr an konkreten Tatsachen unterbreitet.

Der Verbandsvorstand verweist in seiner Publikation u. a. auch auf die „tarifgemeinschaftliche Entwicklung“. Es war dies unsers Erachtens um so notwendiger, als gerade hier so oft die Logik unserer Kollegen Schiffbruch leidet. Mit einer gewissen Oberflächlichkeit schreibt man über die Wesensgrundlagen unsers heutigen Tarifes und seiner beschlossenen zukünftigen Gestaltung hinweg; man will nicht wissen, daß die quasi selbsttätige Tendenz dieser tariflichen Gestaltung ein Stück Lebensproblem des ganzen Gewerbes geworden ist. Was man hier in Verkennung der Tatsachen zerstören will, trifft ins Herz des Gewerbes. Mit seinem Steigen und Fallen steigt und fällt auch die Organisation der buchdruckerischen Arbeiter. Dieselbe ist kein abstrakter Begriff, der sich außerhalb der gewerblichen und der damit zusammenhängenden tariflichen Entwicklung demonstrieren ließe. Mit anderen Worten: Die Arbeiten und Erfolge, die Stellung und Geltendmachung des Verbandes im Gewerbe ist immer davon abhängig, inwieweit der Verband es versteht, die gewerbliche Entwicklung zu fördern und ihr mit praktischen Maßnahmen zu folgen, die sich bei uns in den Begriff „Tarif“ verdrängen. Darum sind wir ja so wesentlich an einer Hebung des Gewerbes interessiert, weil sich diese für uns in höhere Löhne ummünzt. Betrug 1896 die Lohn-erhöhung $2\frac{1}{2}$, 1901 $7\frac{1}{2}$ und 1906 10 Proz., so ist dies größtenteils nur einer gewissen Festigung des Gewerbes und der im gleichen Verhältnisse damit parallel laufenden Gehilfenorganisation zu danken. Wie 1896 ein Kampf um höhere Positionen als die $2\frac{1}{2}$ prozentige Lohnerhöhung und die halbstündige Arbeitsverkürzung für uns aus-sichtslos gewesen wäre, so trifft das heute genau auf die 10 prozentige Lohnerhöhung zu. Wir mußten erst durch das gemeinsame tarifliche Arbeiten im letzten Jahrzehnte dem Gewerbe gelindere Grundlagen schaffen, um heute überhaupt 10 Proz. nach Hause bringen und für die Gesamtheit festlegen zu können. Jede Forderung von diesem Standpunkte oder ein reiner Kampfstandpunkt mißten diese ganze, für uns und das Gewerbe vorteilhafte Entwicklung um Stillstände bringen. Es würde nicht an Theoretikern fehlen, die in einem solchen Falle kanngießern würden, daß für den Arbeiter auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung nichts zu erreichen sei, aber damit wäre uns verteuert wenig gedient. Das Bemühen, im Rahmen der gewerblichen Möglichkeiten zu bleiben und in ihm praktisch zu wirken, hat den Verband mit auf seine derzeitige Höhe gebracht. Ein Blick nach dem Westen und dem Osten Deutschlands sagt dies deutlicher als Worte. Wenn wir daher heute der Kollegenschaft sagen, daß das Erreichte das Menschenmögliche war, so kann eine Widerlegung dieser unsrer Behauptung nur von dem erfolgen, der allgemein eine höhere Leistungsfähigkeit des Gewerbes — nicht einzelner Druckereien — nachzu-

weisen vermag. Die gewerblichen Verhältnisse konsolidieren; heißt gleichzeitig den Tarif konsolidieren; dort Besserung schaffen, heißt für uns tarifliche Verbesserungen schaffen — und da alles einer Entwicklung ist, lassen sich Abgrenzungen für gewerbliche und tarifliche Bestrebungen gar nicht finden. Und das Rad der Zeit steht nicht still!

Wollen wir nun mit unsrer Organisation im ernstesten Augenblicke versagen, da wir als Organisation mitten in das Gewerbe hineinversetzt werden? Glaubt man denn ernstlich, einer so hoch entwickelten Organisation wären keine anderen Ziele gesteckt, als sich um 30 oder 40 Jahre in die Infanterie des bloßen Faustkampfes zurückzumaufen? Wäre das alle die Arbeiten, Kämpfe und Opfer wert gewesen, wenn heute die Verbandsmitglieder sich von im trübten fischenden Elementen dazu verleiten lassen würden, die Organisationen aus der bewährten und einzig möglichen Bahn zu reißen? In reifer Erkenntnis hat sich der Verband nie zu sprunghaftem Vorgehen verleiten lassen, aber mit seltener und beispielloser Fähigkeit hat er sein Ziel verfolgt. Wir alle wissen, daß die Früchte der Zukunft nur in der Gegenwart reifen können, darum werden wir nach wie vor im Rahmen der Gegenwartsarbeit bleiben und sie so und dort verrichten, wie es die Verhältnisse heben. Diese Arbeit ist uns vorgezeichnet durch den neuesten Tarifabschluß, der lediglich eine Steigerung und Verfeinerung dieser Arbeit zu unserm eignen Besten bedeutet. Wir können nur mit dem Verbandsvorstande sagen, daß wenn all die Kraft, die sich jetzt geltend macht, um den Tarifvertrag zu Falle zu bringen, dazu verwendet würde, das Beschlossene in die Tat umzusetzen, wäre dem Verbande ein großer Dienst erwiesen und viele Tausende von Familienvätern, die eine zehnprozentige Lohnerhöhung sehr wohl zu schätzen wissen, würden durch die Ablehnung des Beschlossenen nicht in die Gefahr geraten, vielleicht das noch zu verlieren, was sie besitzen.

Wenn diese oder jene schätzbaren Besichtigungen bei den einzelnen Bestimmungen des Tarifvertrages aufstauden, so denken wir nicht so klein von unsrer Organisation, als daß sie nicht in der Lage sein sollte, in jedem Falle die Interessen ihrer Mitglieder zu wahren. Über den tarifgesetzlichen Boden dürfen wir uns nicht unter den Füßen hinwegziehen lassen, sonst hängt nicht nur der Tarif, sondern auch die Organisation in der Luft. Und um bloß mit der Organisation zu experimentieren, dafür ist sie doch zu schade, und die Zeit ist auch nicht danach. Soll aber von unseren Kollegen gesagt werden: Nichts gelernt und nichts vergessen? Sollen unsere erbittertsten Gegner von rechts und links die Geschichte des Verbandes in die Hände bekommen, sollen wir aufhören, in unseren eignen Angelegenheiten selbst zu befinden? Es ist geradezu ekelhaft, wie sich z. B. die „Leipziger Volkszeitung“ und der „Vorwärts“, die führenden Organe der sozialdemokratischen Partei, abmühen, unsere Kollegen in Berlin und Leipzig vor den entscheidenden Versammlungen zu bearbeiten, um, wenn ihr Plan nicht glückt, dann hinterher mit den unfähigsten Beschimpfungen über diese selben Kollegen herzufallen, wie wir das in Leipzig schon so oft erlebt haben. Aber all die Verbrehungskünste jener heiden der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit dienenden Organe werden am Ende doch wirkungslos bleiben, weil diese aufdringliche Liebe doch zu unnatürlich und gemacht erscheint. Das wird in einem besondern Kapitel noch näher zu begründen sein.

Nun zum Schluß noch einige Bemerkungen über diejenigen Punkte, bei denen uns eine wiederholte Präzisierung nicht wertlos dünkt. Es betrifft dies zunächst die Bestimmung im § 32, „daß die eintretende zehnprozentige Lohnerhöhung allen Gehilfen zu gewähren ist, die bis 3 Okt. über das Minimum ihrer Altersstaffel beziehen“. Was hat man aus dieser Bestimmung alles gemacht! Wenn man den daran geknüpften Kritiken glauben könnte, dann hätte die übergroße Mehrheit der Gehilfen überhaupt keine Lohnerhöhung erhalten. Gört man sonst bis zum Ueberdruße immer die Redensart:

„Das Minimum ist Maximum“, so hat sich bei der Kritik des neuen Tarifvertrages die Anschauung dahin gewandelt, daß jetzt jeder Kollege mehr als 3 Mk. über das Minimum erhält, so daß die ganze zehnprozentige Lohnerhöhung sich in nichts verflüchtigt. Doch gehen wir einmal diesen gedankenlos geplapperten Behauptungen auf den Grund, und zwar an der Hand von Tatsachen. Die Statistik des Tarifamtes von 1906 bietet untrügliches Material, wie die tatsächlichen Lohnerhältnisse zurzeit sich verhalten. Danach werden von der 10prozentigen Lohnerhöhung betroffen: 12412 zum Minimum beschäftigte Gehilfen, 14915 mit bis zu 3 Mk. über Minimum entlohnte Gehilfen und rund 6000 im Berechnen arbeitende Gehilfen, in Summa 83327 Gehilfen (ohne die Maschinenseher). Ein tarifliches Unrecht auf die 10prozentige Lohnerhöhung haben nicht 10721 Gehilfen. Von diesen wurden entlohnt: 2919 mit 3 bis 4 Mk., 2437 mit 4 bis 5 Mk., 1602 mit 5 bis 6 Mk. und 3763 Gehilfen mit mehr als 6 Mk. über Minimum. Muß man billigerweise zugestehen, daß Löhne mit mehr als 5 Mk. über Minimum im gewissen Gelde besonderen Arbeitsleistungen entsprechen, über deren Bezahlung auch künftig gewisse individuelle Vereinbarungen getroffen werden, so bleiben gerechterweise für die erhobenen Klagen nur noch 5356 Gehilfen übrig, die mit mehr als 3 und bis 5 Mk. über Minimum entlohnt sind und nach den von den Kritikern gegebenen Deduktionen leer ausgingen. Eins wird in diesem Falle immer vergessen, nämlich, daß der Tarif nur Minimum-, nicht Maximalpositionen kennt. Das ist seit 1873 immer so gewesen, und erst 1901 sind wir von diesem Wege abgewichen, indem auch die Löhne mit 3 Mk. über Minimum in die Tarifhöhung mit einbezogen worden sind. Das ist auch mit ein Beweis dafür, wie gerade während der neuen Tarifgemeinschaft diese mit dazu beigetragen hat, auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage jener Kollegen direkt einzupringen, die früher von der tariflichen Lohnerhöhung ausgeschlossen waren. Damit ist aber die tarifliche Grenze erreicht. Die Einführung der Minimumaufbesserung auf alle Löhne müßte eben Maximalpositionen schaffen und die Lohnentwidelung in den höheren Stufen zur Erstarrung bringen. Unmöglich müßten sich die Lohnerhältnisse in rückläufiger Bewegung entwickeln und die Vertiefung jeder besonders Arbeit ausbilden. Diktieren läßt sich hier nichts, wenigstens wir auf dem Standpunkte stehen, daß mit der Minimumerhöhung auch der Wert der Arbeit bei den höheren Löhnen gestiegen ist. Aber man hüte sich vor einer bürokratischen Uniformierung. Jede Minimumerhöhung wirkt ohne weiteres selbsttätig auf die fernere Lohngestaltung. Die im ganzen 25636 über das Minimum entlohten Gehilfen, von denen allein 3763 mit mehr als 6 Mk. über das Minimum entlohnt werden, sind doch der unwiderleglichste Beweis dafür, wie die Erhöhung des Minimums ohne weiteres auf eine Erhöhung aller anderen Löhne einwirkt. Noch niemals ist in einer Statistik eine verhältnismäßig gleich große Zahl von Gehilfen (die Faktoren, Obermaschinenmeister, Korrektoren und Maschinenseher sind bei diesen Ziffern ausgeschlossen) in solcher Lohnlage ermittelt worden. Ein Beweis für unsre Behauptung, daß die Erhöhung der Grundpositionen ohne weiteres mit naturgesetzlicher Einwirkung sich auf die Gestaltung der höheren Löhne geltend macht. Es ist geradezu freventlich, wenn man in die Massen hineinwirft, daß es mit der Zulage auf das Minimum sein Verenden habe.

Wir stellen uns nicht auf den Standpunkt jener Spitzbubentaktik, wo einer den anderen für einen Betrüger hält; deshalb schenken wir der Zusage der Prinzipale, dafür zu wirken, daß auch die höher entlohten Gehilfen an der allgemeinen Lohnzulage partizipieren sollen, Glauben. Kommerzienrat Bügenstein erklärte auch (nach der „Papierzeitung“) in der Berliner Prinzipalsversammlung: „Naturgemäß wird man bemüht sein, für höher Entlohnte einen Ubergang zu schaffen, doch sollten 6 Mk. über Minimum die Grenze sein, wo Zulage aufhört.“ Statt nun an die Tatkraft des einzelnen in Frage kommenden

Kollegen zu appellieren, statt die Zusage der Prinzipale und dazwischen zweifelsfreie Erklärungen sich für eine Lohnerhöhung in den obersten „Schichten“ nutzbar zu machen, statt auf Mittel und Wege zu sinnen, wie hier die Taktik der Organisation in den Dienst der betreffenden Kollegen gestellt werden kann, weiß man nichts Besseres zu tun, als in stolzer Ignorierung aller Tatsachen über die Gehilfenvertreter zu schimpfen, die sich wahrlich die redlichste Mühe gegeben haben, ihre ganze Kraft für eine Verbesserung der Lage der Gehilfen einzusetzen. Es ist ein Trauerspiel sondergleichen, das sich jetzt in unseren Reihen abspielt, und jedem böswillig aus den Fingern gesogenen Gerüchte wird Glauben geschenkt, nur denen nicht, die als treue Kameraden ihre Pflicht getan und doch noch einmal im vollen Lichte der Öffentlichkeit gerechtfertigt dastehen werden. So ging der Hexensabbath auch 1896 los — und wenige Jahre darauf waren diejenigen gerichtet, die am lautesten über Verrat geschrien hatten! Freilich darf man dabei nicht vergessen, daß die hervorragendsten sozialdemokratischen Blätter wiederum die Hexer und Stänker sind, genau wie 1896, aber auch diesmal wird ihrer Siebe Mühe umsonst sein.

Nun noch ein Wort zum Berechnen an der Sezmashine in Zeitungsbetrieben. Wir haben schon in Nr. 118 darauf verwiesen, warum die Gehilfenvertreter im wohlverstandenen Interesse der Organisation auf das Berechnen eingehen mußten. In Betracht kommen hierbei etwa 1000 Gehilfen — von 51000 Gehilfen überhaupt. Man sieht also schon an diesen Ziffern, wie „gerechtfertigt“ das Geschrei ist, das „Vorwärts“ und „Leipziger Volkszeitung“ über das Berechnen an den Sezmashinen im Zeitungsbetriebe erheben. Geradezu lässlich ist, was der „Vorwärts“ darüber schreibt:

Die Maschinenseher sind damit all den Nachteilen der Akkordarbeit unterworfen worden. Bisher hielt der Arbeitgeber das schlechte Manuskript von der Maschine sorgfältig fern, nicht um der Seher willen, sondern weil er die „hygienischen Verhältnisse der Buchdruckerei“ nicht verbessern wollte. Aber die Maschine rentierte sich dann nicht! Jetzt wird man den Sehern überlassen, sich entweder im Akkord mit schlechtem Manuskript abzufinden und den widerlichen Streit wegen des Aufschlags zu führen, oder man zwingt ihn im gewissen Gelde zur Leistung des vorchriftsmäßigen Minimums — zwei gleich verlockende Ausflüchte.

Spottet seiner und weiß selbst nicht wie! Einmal berechnen ja auch die Seher im „Vorwärts“, warum befestigt er in seiner Druckerei nicht die „Nachteile der Akkordarbeit“? Dann hätten die Arbeitgeber bisher das schlechte Manuskript sorgfältig von der Maschine ferngehalten. Einmal ist das gar nicht wahr und gar nicht möglich, wie er sich von Berliner Maschinensehern bekräftigen lassen kann, und wenn der „Vorwärts“ sagt, daß sich bei schlechtem Manuskript die Maschine nicht rentiere, warum sollen die Prinzipale dem berechnenden Seher jetzt das schlechte Manuskript geben, wenn die Unternehmer wissen, daß sich in diesem Falle die Maschine nicht rentiert? Bei schlechtem Manuskript kann der Seher im gewissen Gelde ebenso wenig leistungsfähig sein wie im Berechnen. Maschinen schafft man aber doch an, damit sie sich rentieren. Wie denkt sich denn der geehrte „Fachmann“ im „Vorwärts“ (ein solcher ist er doch zweifellos) die Herstellung einer Zeitung, wenn man ausgeht auf das schlechte Manuskript dem berechnenden Maschinenseher gibt? Würde es sich da wirklich verlohnen, überhaupt erst eine Maschine anzuschaffen? Wenn der geehrte Herr „Fachmann“ überhaupt eine Meinung von der technischen Herstellung einer Zeitung haben sollte, dann müßte er auch wissen, daß das Manuskript nicht in schlechtes und gutes geteilt in die Druckerei kommen kann, sondern wie die einzelnen Redakteure je nach ihrem Reffort es liefern. Wird man vielleicht den berechnenden Maschinenseher die ersten drei bis vier Arbeitsstunden auf Wartegeld setzen, weil es erst möglich ist, am Redaktionschluß schlechtes Manuskript zu liefern, oder umgekehrt? Soll der Maschinenseher vielleicht erst die letzten Telegramme oder die jüngsten Nachrichten über Typhusvergiftungen zum Sehern zugewiesen erhalten? Mein

lieber Freund, Du wolltest zu viel beweisen, und hast nichts bewiesen. Deine sachtechnischen Ratgeber haben Dir zu wohlwolllichem Zwecke „einen aufgehunden“. Ganz schrecklich wird das Bild, wenn man liest, daß eventuell im gewissen Gelde ein Maschinenseher „zur Leistung des vorchriftsmäßigen Minimums“ angehalten werden könnte. Bezahlt denn der „Vorwärts“ eine Arbeit, die nicht geleistet worden ist? Und wenn ein Minimum von Leistungen zugrunde gelegt ist, so ist das ein Fortschritt gegenüber jenen Unterlagen für die Akkordarbeit, die in anderen Berufen willkürlich vom Unternehmer festgesetzt werden. Diese vom „Vorwärts“ verurteilten Mindestleistungen bestehen in allen Handsekerarten seit Jahrzehnten und im Maschinensekerartefise seit 1898! „Die Leistungsklausel und die Kontrolle im neuen Tarife machen die zehnprozentige Lohnerhöhung desselben nahezu wieder wett“, sagt der „Vorwärts“, und leistet sich damit einen Witz, den selbst der dicke Bod nicht besser machen könnte. Keine Druckerei in Deutschland hat jemals eine so raffinierte Kontrolle über die Arbeit der Maschinenseker ausgeübt als gerade die Druckerei des „Vorwärts“! Wir haben darüber bis jetzt nichts gesagt, wenn aber der „Vorwärts“ zum Zwecke der Verbeugung unserer Kollegen die Dinge auf den Kopf stellt und unseren Kollegen die zehnprozentige Lohnerhöhung hinwegzudisputieren sucht, dann muß es eben gesagt werden, daß in jedem bürgerlichen Geschäft eine Kontrolle über die Leistungen, wie sie im „Vorwärts“ geübt wurde, mit dem Streik beantwortet worden wäre. Und dieses Blatt, das so schlecht Theorie und Praxis zu vereinen versteht, das von den Grundlagen, dem Wesen und der Bedeutung unserer Akkordtarife keine Ahnung hat und über die angebliche Kontrolle im neuen Tarife sich entrüstet, selbst aber eine Kontrolle übte, wie sie nach der Praxis der „Vorwärts“-Druckerei niemals in bürgerlichen Geschäften möglich wäre, nimmt sich das Recht heraus, nicht um einer objektiven Kritik halber, sondern zum Zwecke des Unfriedens und der gegenseitigen Beschädigung im Gehilfenlager und zur Herabwürdigung des nach heiligem Ringen Geschaffenen davon zu sprechen, daß die Leistungsklausel und die Kontrolle im neuen Tarife die zehnprozentige Lohnerhöhung desselben nahezu wettmachen. Kehre nur vor deiner eignen Türe, lieber „Vorwärts“, und laß die Buchdrucker ungeschoren, die ja doch die ihnen durch die Verhältnisse vorgezeichneten Wege gehen werden, ob es dir nun paßt oder nicht. Die „Leipziger Volkszeitung“ beschwert sich natürlich erst recht nicht mit objektiven Darstellungen, sondern spricht schlantweg von der „Einführung der Akkordarbeit für die Maschinenseher“. Punktum. Damit sie aber wenigstens etwas „zur Sache“ mitteilen kann, setzt sie hinzu: „Das ist angesichts der nervenzerrüttenden Arbeit an den Sezmashinen und der verhältnismäßig langen Arbeitszeit geradezu ein Verbrechen“. Da sie weiter schreibt, daß die Gehilfenvertreter „ihre Auftragsgeber geradezu verraten und verkauft haben“, so ist ihnen das obige „Verbrechen“ ohne weiteres zuzutragen. Wie wir soeben im „Vorwärts“ lesen, hat sich eine Berliner Maschinenseherversammlung am 11. Oktober auf den Standpunkt gestellt: „Akkordarbeit ist Mordarbeit!“ und hat das Berechnen im Zeitungsbetriebe abgelehnt. Das ist das gute Recht der Gehilfen. Aber im Buchdruckgewerbe von der Akkordarbeit als Mordarbeit zu reden, ist — um Verzeihung — Phrasen! Und wenn die Berliner Maschinenseher diese Phrasen gebraucht haben, so haben sie es anscheinend um der „Wirkung“ nach außen hin getan. Dieser Eindruck ist mit ihrer Resolution erweckt, und der „Vorwärts“ weiß diese Phrasen durch Hervorheben in Fettdruck gebührend zu würdigen. Die Berliner Maschinenseher wissen ganz genau, daß über das Arbeiten an den Sezmashinen auch im gewissen Gelde sehr viel zu reden wäre; sie wissen aber ferner, daß uns die Rücksicht auf die Organisation und unsere Gegner davon abhält, zu sagen was ist. Deshalb ist es unfair, in die Massen mit der Phrasen von der

Affordarheit als Mordarbeit hinein zu hauen, weil doch jeder von uns weiß, wie die Dinge liegen. Wir hätten erwartet, daß gerade die Berliner Maschinenseher, von denen man voraussetzen mußte, daß sie die weittragenden Umstände, welche das Berechnen an den Maschinen im Zeitungsbetriebe bedingen, berücksichtigen würden; von einer solchen Kollegenschaft mußte man voraussetzen, daß sie über Kirchturnspolitik hinweg freudig sich den höheren Interessen der Organisation unterordnen würden, daß sie die Gesamtsituation richtig einschätze und im übrigen so viel Vertrauen in die Organisation setzen würde, daß unter jedem Arbeitsverhältnisse die Interessen auch dieser Kollegengruppe gewahrt bleibt. Nur der Gesamtorganisation haben die Maschinenseher es zu danken, daß die für sie maßgebenden Arbeitsbedingungen bessere sind als die jedes andern Kollegen, in demselben Augenblicke aber, als die Maschinenseher beweisen sollten, daß sie um der Organisation willen ein anscheinendes Opfer bringen sollen, da versagen die Begriffe für eine größere Auffassung und an Stelle derselben gelte es in den Ohren: „Affordarheit ist Mordarbeit!“ Wir beklagen diesen Standpunkt aus all den von uns zur Tarifrevision schon dargelegten Gründen; aber auch die Maschinenseher müssen sich sagen lassen, daß an dem Beschlossenen nichts mehr geändert werden kann. Wollen sie in inniger Verlehnung an die Fähigkeiten der Organisation, ihnen unter dem neuen Arbeitsverhältnisse Schutz und Schirm zu sein, diese Unterstützung nicht haben, ist das ihre Sache. Allerdings, wenn schon einmal alles drunter und drüber gehen soll, ist es ja auch gleichgültig, ob diese oder jene Sparte mitmacht oder nicht.

Der Metteur bittet uns dringend, für heute Schluß zu machen. Deshalb wollen wir nur noch registrieren, wie sich inzwischen die Situation weiter gestaltet hat. Offenbach a. M. und Altenburg (S.-A.) haben dem Tarifvertrage, ausgefertigt von ebenso Burg b. M. und Bayreuth dagegen haben Bielefeld und Karlsruhe scharf ab lehrend votiert. Letzterer Ort fordert die Einberufung einer Außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes „zwecks Beratung und Beschlußfassung über geeignete Schritte und Wege zur Erreichung geordneter, den Zeitverhältnissen entsprechender Erwerbsverhältnisse“. Verehrte Freunde, soll durch diese Generalversammlung der Kreis der „Verräter“ noch vergrößert werden oder dort über den Streik beraten werden, da ein anderer Weg nicht mehr übrig bleibt, wenn man diesen Tarif ablehnt? In Stralburg scheint es sehr stürmisch zugegangen zu sein. Die Versammlung wies die Abmachungen zurück und forderte neue Verhandlungen. Die Tarifabmachungen wurden als „höhnsprechend“ bezeichnet.

Aus der Gewerkschaftspresse liegen nunmehr einige Stimmen vor, die sich über unsern Tarifvertrag auslassen. Die „Ameise“ (Porzellanarbeiter) registriert die Ergebnisse, ebenso die „Allgemeine Gärtnerzeitung“. Der „Grundstein“ (Maurer) schreibt am Schluß:

Man wird sich erinnern, daß aus dem Lager der berufsmäßigen Scharfmacher fortgesetzt gegen den Neuschluß des Buchdruckerarbeitsvertrages intrigiert und gehetzt wurde, trotzdem ist dies große Werk aufs neue gelungen. Für die weitere Entwicklung des ganzen deutschen Tarifwesens hat das eine große Bedeutung.

Der „Töpfer“ schreibt:

Das, was erreicht wurde, ist immerhin ein Fortschritt zu nennen und die Buchdruckerorganisation hat wiederum Zeit gewonnen, ihre wirtschaftliche Schutzinstitution in den weiteren fünf Jahren der Tarifgemeinschaft zu stärken und zu kräftigen, um dieser eine immer größere, einschneidendere Macht auf dem Buchdruckerlichen Wirtschaftsgebiete zu verleihen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet wird auch die Gehilfenschaft dem neuen Abkommen die Sanktion nicht verweigern können. Allerdings wird eine starke Opposition vor allem bezüglich der Niederfüllung der Forderung der Arbeitszeitverkürzung sich geltend machen. Diese wird aber jedenfalls auch bald einer kühleren Erwägung Platz machen. — Hervorgehoben zu werden verdient noch der Vertrag zwischen den beiden Buchdruckerorganisationen, welcher geeignet erscheint, die bessere Durchführung des Tarifes zu gewährleisten. Auch steht die buchdruckerliche Unternehmer-

organisation recht vorteilhaft ab von sonstigen Unternehmerorganisationen, deren Einflüchtlosigkeit und scharfmacherische Tendenz allbekannt ist. Nicht zum wenigsten aber ist wohl auch hier die „bessere Einsicht“ das Ergebnis der jahrzehntelangen planmäßigen Arbeit der Buchdruckerhilfsorganisation. Diese hat es verstanden, sich eine wirtschaftliche Machtposition zu verschaffen, die auch beim „prinzipienfestesten“ Scharfmacher Beachtung finden muß.

Der „Bereinsanzeiger“ (Maler) kommt zu folgender Würdigung unsern Tarifes:

Daß wiederum ein Tarifabschluß für das gesamte deutsche Buchdruckerwerk zustande kam, kann in all den Kreisen, die die hohe Bedeutung einer Tarifgemeinschaft für ein ganzes Gewerbe zu würdigen wissen, nur Befriedigung hervorrufen. Sicherlich wird ein großer Teil der Buchdrucker mit dem Erreichten nicht zufrieden sein — wo wäre auch jemals nach einer Lohnbewegung zu verzeichnen, daß der vereinbarte Tarif allen Wünschen und Erwartungen in vollem Umfange entsprochen habe —, wir sind aber überzeugt, daß allein die Tatsache, daß durch den zwischen beiden Organisationen bewerkstelligten Tarifabschluß den so brüskierend hervortretenden Scharfmachern eine eklatante Niederlage bereitet worden ist, von den Verbänden mitgliedern in ihrer ganzen Tragweite nicht verkannt wird.

Das „Schuhmacherfachblatt“ sagt, daß sich die Buchdruckerunternehmer von den Scharfmachereien der Lulle und Konferten nicht im geringsten verblüffen ließen und meint zum Schluß:

„Wir im Schuhmachersgewerbe und -industrie, die wir es mit dem rückständigsten Unternehmertum zu tun haben, werden noch schwere Kämpfe führen müssen, bis die Herren im Hause“ zu der Einsicht der Unternehmer im Buchdruckerwerk kommen. Haben wir aber erst vier Fünftel der Kolleginnen und Kollegen im Zentralverbande der Schuhmacher, dann wird diese Einsicht schneller reifen.“

Die berüchtigte „Einigkeit“, das Organ der Lokalfisten, begrüßt sich mit dem Abdruck eines Artikels aus der „Leipziger Volkszeitung“, womit wohl zur Genüge das „gewerkschaftsfreundliche“ Urteil der „L. V.“ illustriert ist. Aus eigenem Geiste das anarcho-sozialistische Blatt hinzu, „daß alle Verbände, die diesen Weg betreten haben, ihre Laufbahn in diesem Sumpfe beenden müssen“.

„Wir müssen uns nicht heumen, daß die Buchdrucker in der Lage sind, sich gegen die anderen Gewerkschaften auf einem Terrain zu behaupten, weil die äußere Form (Schrift, Papier, Satzbreite) des Ausschusses uns im Drange der Arbeit glauben macht; wir hätten es mit der „Bildhauerzeitung“ zu tun. In Wirklichkeit handelte es sich um „Buch, Presse und Papier“.

Ein objektives Bild über den materiellen Inhalt und die organisatorische Verfassungsfrage unsern Tarifabkommens entrollt in einem lehrreichen Artikel die „Soziale Praxis“. Sie sagt:

Wie die praktische Entwicklung der Tarifgemeinschaft auf dieser neuen Verfassungsgrundlage sich vollziehen wird, ob sie nicht doch eine monopolistische Einengung des Arbeitsmarktes anbahnen wird, das wird ganz in der Hand der verantwortlichen Leiter der Tarifinstitution liegen. Wie wir die führenden Männer kennen, deren tatsächlicher Klugheit und weiser Mäßigkeit die Schöpfung und Aufrechterhaltung des großen Tarifwerkes in erster Linie zu danken ist, werden sie, im eigenen Interesse der Ausweitung der Tarifgemeinschaft, allen denjenigen Organisationen im Buchdruckerwerk, die sich als unbedingt tariffrei bewährt haben, nicht nur bereitwillig den Beitritt zum Garantievertrage eröffnen, sondern einen solchen sogar herbeizuführen suchen. Es wird also Aufgabe der zurzeit noch außenstehenden Verbände sein, zu beweisen, daß auch sie den Tarif als unverbrüchliches Arbeitsgesetz nicht nur anerkennen, sondern auch befolgen.

Aus vorstehendem können die Kollegen ersehen, daß überall dort, wo man mit Objektivität und nichterner Betrachtung an unsern neuen Tarif herantritt, ein Urteil zustande kommt, über das sich im ungünstigsten Falle wenigstens diskutieren läßt.

Der neue Tarifvertrag

hat nach den vorliegenden Berichten bei einem Teile der Kollegen Unwillen und Enttäuschungen hervorgerufen, als wenn die Vertreter der Gehilfen deren Interessen schände preisgegeben hätten. Davon steht freilich nichts in ihren Berichten an die Gesamtheit; aber es steht darin zu lesen, daß sie alle gangbaren Wege eingeschlagen haben, damit das Resultat der achtägigen Verhandlungen ein noch besseres Aussehen erhalten sollte. Diese Versuche unserer Vertreter sind gescheitert, und sie mußten scheitern angesichts der gewerblichen Sachlage, die springhafte Veränderungen auf dem Lohngebiete nur schwer vertagt. Dafür sind allmähliche Lohnsteigerungen eingutauschen,

an welchen es noch in keiner Tarifperiode gefehlt hat; wenigstens befehlen darüber die ab und zu aufgenommenen Statistiken, deren Ziffern uns noch immer die aufsteigende Tendenz der verschiedenen Lohnskalen nachgewiesen haben. Darin liegt unzweifelhaft der Effekt einer erneuten Tarifvereinbarung, daß die gesteigerten Minimallöhne, die im Gewerbe höher Entlohnungen allmählich beinflussen müssen, so daß sich der Einsichtige mit dem anscheinend unbefriedigenden tariflichen Ergebnisse abfinden wird in der Erkenntnis, von der bevorstehenden Tarifserhöhung direkt oder indirekt zu profitieren.

Wer die getroffenen Abmachungen ganz nüchternen Auges betrachtet, wird zu dem Schluß kommen, daß zu besonderer Unzufriedenheit und zu sonstigen Besorgnissen kein Anlaß vorliegt, da die gewährten zehn Prozent alle früheren tariflichen Verbesserungen weit überragen. Es kann mir gar nicht beikommen, das Ergründe etwa überschätzen zu wollen, aber um der Gerechtigkeit willen ist festzustellen, daß eine Tarifserhöhung wie die vorliegende allerwärts Befriedigung erwecken muß, sobald sich die erste Aufregung ein wenig verlaufen hat.

Unerbittlich ist mancher berechtigte Wunsch unerfüllt geblieben, wobei zu erinnern an die so notwendige Verkürzung der Arbeitszeit. Aber diejenigen, welche einigermaßen Leberstich befundenen, waren sich ja von vornherein klar, daß beide Hauptforderungen zugleich schwierig realisierbar erschienen; es sei denn, daß man sich finanziell mit weniger begnügt hätte, was wiederum die schärfsten Angriffe eintragen mußte, da der allgemeinen Teuerung wegen aller Augen auf eine merkliche Erhöhung des Minimums gerichtet waren. Dieses Ziel ist erreicht, und wird es die Aufgabe der Gesamtkollegenschaft sein, die tariflichen Ergründungen durch unbedingte Einigkeit und möglichstes Zurückdrängen persönlicher Neigungen sicher zu stellen. Lassen wir ab von der Wiederholung der Szenen von vor zehn Jahren, die uns an Leib und Leben geschadet haben, veröffnen wir uns vielmehr mit dem so schwer Erreichten, selbst wenn der einzelne von der allgemeinen Lohnsteigerung augenblicklich unberührt bleiben sollte. Aber ganz besondere Verwahrung wäre noch einzulegen gegen die Unterstellung, als ob unsere gewählten Vertreter nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden hätten, wobei noch zu bedenken, daß es doch Unternehmer waren, mit denen sie zu unterhandeln hatten! Deshalb will ich diese Zeilen gerne ins Land hinauscheiden mit dem heftigsten Wunsche, daß innerhalb der Verbandsgemeinschaft schon ihres Ansehens wegen alsbald Ruhe einkehren möchte, denn:

Friede ernährt! Unfriede verzehrt!

Magdeburg. E. K.

Vorsicht!

Die Mißstimmung unter unseren Kollegen über die stattgehabte Tarifrevision scheint auch wieder unsere lieben alten Freunde“ auf den Plan zu treiben. Da ist es vor allem unsre „liebe Freundin“, die „Leipziger Volkszeitung“, welche sich aufrafft und die deutschen Buchdrucker vor einem schmachvollen Untergange bewahrt. In einem Artikel vom 9. Oktober teilt die „L. V.“ ihren Lesern mit, was die bösen Tarifvertreter und Führer wieder einmal angerichtet haben, und wie die Kollegen verraten und verkauft werden. Daß Kollege Reihhäuser seinen Wischer erhält, versteht sich am Rande. Dieser Artikel hat aber bereits seine Wirkung vollbracht, denn man hört schon bei den anderen Arbeitern den Ruf erschallen: „Gaut sie doch herunter, die Verräter!“ Doch was will ich denn, die Melodie, die die „L. V.“ jetzt wieder pfeift, haben wir schon einmal vernommen, und zwar genau vor zehn Jahren bei Einführung der Tarifgemeinschaft. Auch damals war alles Verrat, Betrug, Harmonieaufselei, Verkauf an das Unternehmertum, und was die sonstigen schönen Ausdrücke noch alles waren. Sind nun die Prophezeiungen der „L. V.“ eingetroffen? Nein! Das Gegenteil ist der Fall gewesen; der Verband ist immer größer geworden, und die Aktionsfähigkeit ist auch nicht gehemmt worden, was Leipzig am deutlichsten beweist. Es sei noch erwähnt, daß heute z. B. in Leipzig ein Kollege, der bei Einführung der Tarifgemeinschaft in der ersten Reihe der Opposition stand, Vorsitzender des Schiedsgerichtes ist. Man braucht nicht mit allem, was beschlossen worden ist, einverstanden zu sein; aber es ist sehr zu wünschen, daß sich die Kollegen in gegenseitiger Diskussion auseinandersetzen und sich von fremden Einmischungen fernhalten. Darum: Vorsicht! Leipzig.

Korrespondenzen.

M. Dillenburger-Herborn. Am 6. Oktober fanden sich die Mitglieder des Ortsvereins in der Dranienbauerei in Dillenburger a. O. den örtlichen Monatsversammlung ein. Auf der Tagesordnung standen diesmal nur drei Punkte. Nachdem der Kassenericht durch den Kassierer Strey gelesen, wurde demselben Decharge erteilt. Die Statutenänderung wurde dann vorgenommen, es finden demnach die Versammlungen am ersten Sonntag eines jeden Monats statt; die Veränderung geschah lediglich nur, um den in Straßensbach konditionierenden Kollegen bessere Gelegenheit zum Besuche der Versammlungen zu geben. Der Punkt „Verschiedenes“ brachte diesmal so recht „buntes Unerle!“ und mit Bedauern mußten wir hier konstatieren, daß es immer noch Kollegen gibt, die nur darauf ausgehen, dem Vorsitzenden seinen obnein schon schweren Posten recht sauer zu machen. Ein Kollege aus Herborn war nämlich — ziem-

lich spät — erschienen, um seinem Herzen einmal ordentlich Luft zu machen, verstand es aber schlecht, sachlich zu bleiben. Seine Reden waren nur höfliche Auslassungen, die unsern Vorstehenden trafen, der es gewagt hatte, ihm einen Verfallungsbeschluss durch einen Einschreibebrief zu unterbreiten. (Es war dies von der Versammlung gewünscht.) Im Interesse des Kollegen selbst wollen wir hier die Sache nicht weiter erörtern, bemerken nur, daß wir in einer ersten Zeit stehen, wo es Pflicht ist, jeden Kollegen sein sollte; darauf hinzuwirken, geschlossen und von einem Geiste durchdrungen dem gesteckten Ziele entgegenzugehen.

Köln. Der Rheinisch-Westfälische Korrektorenverein hielt am 7. Oktober hier eine Allgemeine Korrektorenversammlung ab, an der Kollegen aus Düsseldorf, Elberfeld, Essen und Köln teilnahmen. Ueber den neuen Tarifabschluss und was brachte er den Korrektoren? referierte der Vorsitzende. In Beantwortung dieser Frage kam er zu dem Ergebnisse, daß den Korrektoren wohl durch die Aufnahme in die Tarifgemeinschaft ein wichtiges Mittel an die Hand gegeben sei, um dem Hauptübel des Berufes, der Schmutzkonkurrenz, energisch zu Leibe gehen zu können, doch könnten die Umstände, unter denen der neue Tarif zustande gekommen sei und dieser selbst absolut nicht die Zustimmung der Korrektoren finden. Daß unsere durchaus berechtigten Wünsche keine Realisierung gefunden haben, sei allerdings nicht zu verwundern, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in der vorbereitenden Konferenz sich nur drei Gehilfenvertreter bereit gefunden haben, dafür einzutreten. Bei einer derartig geringen Unterstützung war auch nicht auf eine wirksame Vertretung bei den Tarifverhandlungen selbst zu rechnen, und so ist das Resultat in materieller Hinsicht gleich Null. Es beweise dies allein schon, wie notwendig es gewesen wäre, auch für die Korrektoren Spezialbestimmungen im Tarife und vor allen Dingen ein höheres Minimum festzulegen. Die Versammlung war sich aber mit dem Referenten darin einig, daß durch eine Ablehnung des Tarifes die gewerbliche Lage sich noch mehr verschlechtern würde, und beschloß daher, mit allen Mitteln dahin zu streben, die große Anzahl der uns noch fernstehenden Kollegen, besonders auch die Nichtbuchdrucker, für unsere Sache zu gewinnen und den diesmaligen Mißerfolg dadurch weit zu machen, daß die tariflichen Rechte auch voll und ganz ausgenutzt werden. Vor allen Dingen gelte es, die Note 152 Seite 98 des Tarifkommentars zu befolgen und keine Heimarbeit mehr zu leisten, auch die noch vielfach üblichen längeren Kündigungsfristen und monatlichen Gehaltszahlungen dem neuen Tarife anzupassen. Werden dann unsere Reizen noch gestärkt, und ziehen die Korrektoren durch den abgeschlossenen Organisationsvertrag die Konsequenz, sich nun auch insgesamt dem Verbande anzuschließen, dann wird auch die Korrektorensparte die Anerkennung finden, die ihr gebührt, und die sie besser wie diesmal in den Stand setzen wird, ihre Forderungen zum Durchbruche zu verhelfen. Die Versammlung schloß sich diesen Ausführungen vollinhaltlich an. Ein noch in Aussicht genommener Vortrag über „Die Wichtigkeit von Sprachkenntnissen und ihre Erwerbung“ mußte vertagt werden. — In der sich nun anschließenden Bezirksversammlung konnten wiederum einige Mitglieder aufgenommen werden, so daß die Zahl jetzt 38 beträgt, die sich verteilen auf Köln 17 (von 44 überhaupt), Düsseldorf 5 (20), Essen 5 (14), Einzelmitglieder in Hamm, Duisburg, Hagen, Viefelfeld, Gelsenkirchen, Neuwied, Solingen und Aachen. Bei nahezu 200 im Gau Rheinland-Westfalen beschäftigten Korrektoren steht uns also noch ein reiches Tätigkeitsgebiet offen. An Stelle des durch Abreise ausgebliebenen Schriftführers wurde Kollege Meinholtz-Köln gewählt. Für die im Vereinsgebiete liegenden Tarifschiedsgerichte wurden, da die Korrektoren nach dem neuen Tarife diesen ebenfalls unterstehen, Sachverständige gewählt, die auf Ersuchen bei vorkommenden Streitfällen den Schiedsgerichtsbeisitzern beratend zur Seite stehen sollen. Ein Mißstand wurde entschieden gerügt, der nämlich, daß ein großer Teil der Mitglieder so käumig im Zahlen der Beiträge ist; um dem in etwas abzuwehren, soll an die Ortskassierer des Verbandes das Ersuchen gerichtet werden, von den Einzelmitgliedern auch die Beiträge zu unsern Vereinen mit einzuziehen. Nachdem über die Verlegung des Vereinszweiges beraten und beschlossen wurde, diese erst dann vorzunehmen, wenn sich ein klares Bild über die neu-geschaffenen Verhältnisse ergeben habe, wählte die Versammlung Elberfeld als Ort der nächsten, im Januar abzuhaltenden Bezirksversammlung. Mit dem Wunsche, eine doppelt so große Anzahl Mitglieder in Elberfeld begrüßen zu können, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Melle. Die am 9. Oktober abgehaltene Monatsversammlung des hiesigen Ortsvereins beschäftigte sich in der Hauptsache mit dem abgeschlossenen Tarifvertrage. Es entspann sich hierüber eine lebhafteste Debatte, in welcher sämtliche Redner der Meinung waren, daß die Verhandlungen nicht das erhoffte Resultat gebracht hätten. Die seitens der Prinzipale gemachten Zugeständnisse entsprächen nicht den Wünschen der Gehilfenschaft. Es wurde schließlich gegen eine Stimme folgende Resolution angenommen: „Die am 9. Oktober im Vereinslokale Haine abgehaltene, von 40 Mitgliedern besuchte Monatsversammlung drückt ihren Unwillen darüber aus, daß bei den jetzt abgeschlossenen Tarifverhandlungen die Gehilfenvertreter nicht energischer für die Forderungen der Gehilfen eingetreten sind, da die seitens der Prinzipale gemachten Zugeständnisse nicht mit den enorm gestiegenen Lebensmittelpreisen in Einklang zu bringen sind. Besonders be dauert die Versammlung, daß die Gehilfenvertreter nicht für eine

weitere Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten und der Bestimmung ihre Zustimmung gegeben haben, daß die mit 3 M. über Minimum entlohnten Gehilfen leer ausgehen sollen.“

Naumburg. In bis jetzt nicht dagewesener Anzahl hatten sich von unserm 175 Mitglieder zählenden Bezirksvereine über 150 Kollegen eingefunden, um in der Versammlung am 9. Oktober den Bericht unsern Gehilfenvertreters König-Halle über die Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. An der Hand der am selben Tage erschienenen Tarifnummer des „Korr.“ verstand es der Referent, in anderthalbstündigen Ausführungen den Anwesenden ein Bild zu geben von der Berliner Tagung und der durch den Organisationsvertrag neugeschaffenen Situation. Dem beifällig aufgenommenen Vortrage schloß sich eine Diskussion an, in welcher man einestheils unter Berücksichtigung der diesmal vorliegenden, besonders schwierigen allgemeinen Verhältnisse seine Zufriedenheit mit den materiellen Verbesserungen zu erkennen gab, andernteils aber auch die völlig negativen Erfolge in bezug auf die Arbeitszeitverkürzung, die Zulassung des Berechnens an den Sechsmaschinen usw. verurteilte. Weiterhin wurde von verschiedenen Rednern die Berichterstattung über die Buchdruckerbewegung in den letzten Nummern des „Volksblattes für Halle“ einer abfälligen, aber berechtigten Kritik unterzogen. Die jede Objektivität vernissende lassende Schreibweise nach den Tarifverhandlungen müßte um so mehr verwundern, als in der Volksblattredaktion selbst Verbandsmitglieder mit tätig seien. In schärfer Form wurden dann auch von fast allen Rednern die offenbar auf Stimmungsmache hinauslaufenden Fabrikate zuridgewiesen. Am Schlusse der Diskussion gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heutige Versammlung erklärt sich nach Anhörung des Referates des Gehilfenvertreters, Kollegen König, über die stattgehabten Tarifverhandlungen mit dem Abschlusse des neuen Tarifes und des Vertrages von Organisation zu Organisation trotz der ihnen anhaftenden Mängel einverstanden. Insbesondere bedauert sie die Einföhrung des Berechnens an den Sechsmaschinen, die Beibehaltung der Lohnstufen und die erfolglos verbliebenen Bemühungen in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Sie bringt den Gehilfenvertretern ihr Vertrauen aus fernher entgegen und verpflichtet, zu gegebener Zeit für die Einföhrung des neuen Tarifes mit allen Kräften wirken zu wollen.“

Potsdam-Neubabelsberg. Am 7. Oktober tagte im „Viktoriagarten“ eine kombinierte Versammlung der beiden Ortsvereine Potsdam-Neubabelsberg zwecks Entgegennahme der Berichterstattung unserer Tarifverhandlungen seitens des Kreisvertreters Kirchner. In seiner Einleitung schilderte er die Tille, Stecker und Konjorten, wie sie sich kampfsucht bemühten, die Tarifgemeinschaft durch „Schlichtungen“ und „Quartalsversammlungen“ zu bringen. Da aber unsere Prinzipale der Wert der Tarifgemeinschaft ebenfalls erkannt haben, so machten die Maschinenfabriker dieser Herren nicht den erhofften Eindruck auf unsere Prinzipalvertreter. Damit legte Redner dar, wie schwer es sei, den Prinzipalen Zugeständnisse von 10 Proz. abzurufen. Desgleichen wies er auf die Jahre 1873, wo ein augenblicklicher Erfolg, und 1876 und 1878 hin, wo sämtliche Erzeugnisse von 1873 verloren gingen; 1891, der fürchtbare Streit, an dessen Wunden unser Verband sowie Gewerbe noch lange trankten. Sodann behandelte Referent die einzelnen Paragraphen des Tarifes, um dann auf den Vertrag von Organisation zu Organisation einzugehen. Am Schlusse seiner Rede ersuchte er die Versammelten, in der Diskussion die Sachlage vom rein objektiven Standpunkte zu beurteilen sowie die augenblicklichen Verhältnisse im Gewerbe mit in Betracht zu ziehen. Wegen vorgedachter Stunde war es leider nicht möglich, die Redezeit auf unbeschränkte Zeit zuzulassen; es durfte jeder nur zehn Minuten sprechen. Zunächst beantragte Kollege Dahke, die Versammlung zu vertagen, bis der „Korr.“ die Verhandlungen gebracht habe, damit jeder Kollege ein klares Bild von dem neuen Tarife sowie dem Organisationsvertrage habe. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Kollege Hoffmann meinte, man könne, wenn man sich den Organisationsvertrag und neuen Tarif ansehe, bald etwas anderes vermuten, weshalb der „Korr.“ bis jetzt geschwiegen habe. Mit dem sozialen Verständnis unserer Prinzipale scheint es ebenfalls nicht weit her zu sein, denn eine Verbesserung von 10 Proz. entspreche nicht einmal den jetzigen Steuerungsverhältnissen, geschweige denn, was uns die nächsten fünf Jahre noch brächten. Außerdem sei es ungesund, wenn über 10000 Kollegen auf die Gnade der Prinzipale angewiesen seien, falls sie ihren Lohn ebenfalls aufbessern möchten. Er ersuchte die Versammlung, folgender Resolution, die er noch näher begründete, zugestimmen: „Die heute, am 7. Oktober, tagende Versammlung der Ortsvereine Potsdam und Neubabelsberg akzeptiert den neu-geschaffenen Tarif der deutschen Buchdrucker, um das Buchdruckergerwebe vor schwereren Erschütterungen zu behahren, erklärt aber, daß der Tarif den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen der Gehilfen nicht entspricht und ein höheres sozialpolitisches Verständnis der Prinzipale vernissend läßt. Die Versammlung drückt den Gehilfenvertretern für ihre mühevollen Arbeit ihren Dank aus und be dauert, daß es ihnen infolge des abnehmenden Verhaltens der Prinzipalität nicht gelungen ist, weitere, durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gerechtfertigte Forderungen der Gehilfenschaft durchzusetzen.“ Der Satz, der der „Korr.“-Redaktion eine Mißbilligung wegen Nichtveröffentlichung der Verhandlungen ausbrückt, wurde von der Versammlung zurid-gezogen. Im Sinne der Resolution sprachen noch die Kollegen Krüger, Paul und Kade, und wurde dieselbe

gegen zwei Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Die Resolution Schmidt, den Organisationsvertrag einer Urabstimmung zu unterwerfen, wurde von der Versammlung abgelehnt.

H. Stuttgart. Maschinenföhrerverein für den Gau Württemberg. Der Verein hielt am 7. Oktober in Reutlingen im Gasthause „Zur Harmonie“ seine Quartalsversammlung ab, die sehr gut besucht war. Vertreten waren Stuttgart, Kammstatt, Unterlöffelheim, Ludwigsburg, Heilbronn, Gmünd, Ulm, Reutlingen, Tübingen, Oberndorf. Vor derselben fand eine Besichtigung der Papierfabrik von J. Krauß Erben in Pfullingen statt, wofür den Anhabern, welche die Führung selbst übernommen, besonderer Dank gepollt sei. Kollege Dorfster eröffnete die Versammlung 2 1/2 Uhr nachmittags mit der Verlesung der Einläufe. Sodann teilte derselbe die Aufnahme von elf Kollegen (worumter sieben aus Württemberg) in den Verein mit. Kollege Dorfster berichtete hierauf über das Ergebnis der Tarifberatungen in bezug auf die Maschinenföhrer, wovon die Versammlung mit größter Entrüstung Kenntnis nahm. Hieran schloß sich eine sehr erregte Diskussion, wobei insbesondere das im neuen Tarife gestellte Verlangen des Berechnens an der Maschine (NB. Doch eventuell nur in Zeitungsbetrieben; ein Zwang zum Berechnen ist ebensowenig wie für den Handatz damit ausgedrückt. Redaktion.) und weiter auch die ungleiche Arbeitszeit im Werk- und Zeitungsbetriebe einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Dabei gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die am 7. Oktober in Reutlingen abgehaltene Quartalsversammlung der Maschinenföhrer des Gaus Württemberg verurteilt entschieden die Haltung der Vertreter ihrer Sparte bei den diesjährigen Tarifverhandlungen und weist die Zumutung, an den Tagesagenden zu berechnen, mit der Motivierung zurid, daß dasselbe schon bei Berücksichtigung des Schichtwechsels und aller in Betracht kommenden Umstände eine Unmöglichkeit ist. Sie empfiehlt allen deutschen Maschinenföhrern, diesem Beschlusse beizutreten, um einem solchen Verlangen erfolgreich entgegenwirken zu können. Sie protestiert gegen die weitere Beibehaltung der verschiedenen Arbeitszeit bei Werk- und Zeitungsatz und hätte nach den langen Beratungen wohl ein andres Resultat erwartet.“ Ebenso wurde beschlossen, diesbezüglich mit den übrigen deutschen Maschinenföhrervereinen in Verbindung zu treten, um gegen dieses Unfinnen Stellung zu nehmen. Auch wurde die Haltung der Spartenvertreter bei den Tarifberatungen einmütig verurteilt. Unter Berücksichtigung des Referates der Provinzkollegen um Forderung genauer örtlicher Berichte zur Ergänzung des Jahresberichtes und zwecks Orientierung der derzeitigen Verhältnisse. Zum Schlusse dankte Kollege Dorfster den Reutlinger Kollegen für die gute Aufnahme namens des Vereins.

H. Torgau. Nach nunmehr einjährigem Bestehen fand am 6. Oktober im Vereinslokale die Hauptversammlung des hiesigen Ortsvereins statt. Nach kurzer Begrüßung der Anwesenden erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus welchem etwa folgendes erhellenwert ist: Der Verein wuchs im ersten Jahre seines Bestehens von 10 auf 25 Mitglieder. Es wurden elf Monatsversammlungen und eine Hauptversammlung abgehalten; erstere hätten verschiedene Male besser besucht sein können, wogegen bei letzterer die Mitglieder fast vollständig erschienen waren. Am 25. November 1905, bald nach Gründung des Ortsvereins, referierte unser früherer Bezirksvorsitzender Müller-Deffau über: „Rechte und Pflichten eines Ortsvereins“, und am 17. Februar unser jetziger Bezirksleiter Günther-Wittenberg über: „Rüchliche und Aussichts im Verbands der Deutschen Buchdrucker“. Was die tariflichen Verhältnisse am Orte betrifft, so ist mitzutheilen, daß die Firmen: Buchdrucker der Torgauer Bank, Hofmann & Schreyer und Kwertfabrik F. H. Schmidt den Tarif schriftlich anerkannt haben, was jedoch bei der Firma Reich. Mißlan nicht der Fall ist. Immerhin seien die jetzigen Verhältnisse gegen die früheren goldene zu nennen, denn am Orte ist weder ein „Wilder“ noch ein Gutenbergbündler zu finden, sondern alle Mann marschieren in unseren Reizen. Alles in allem können wir sehr befriedigt auf das erste Jahr des Bestehens unser Ortsvereins zuridblicken. Der „Korr.“ ist obligatorisch eingeföhrt. Sodann wurde laut Bericht der beiden Kassenerisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann schritt man zur Neuwahl des Vorstandes. Während es unter „Sonstiges“ noch manches Hin und Wieder gab, ergriff zum Schlusse der Vorsitzende noch einmal das Wort, indem er auf die bevorstehende Einföhrung des neuen Tarifes hinwies und die Kollegen ermahnte, in Zukunft so zusammenzufalten wie jetzt, dann würde der Sieg auch unser sein. Noch zu bemerken ist, daß am hiesigen Orte die Unterstützung an durchreisende Kollegen für Ausgeteuerte und Nichtbezugsberechtigte 75 Pf., für Bezugsberechtigte 30 Pf. beträgt. Zum Schlusse bitten wir die Ortsvereine, welche in ihrer Bibliothek im Besitze von doppelten Exemplaren sind, selbige zur Vernehmung der unsrigen an Kollegen Hans Mühl, Feldstraße 7, II, zu senden, welche gegen Vergütung des Portos gern angenommen werden.

K. Waldenburg. Am 7. Oktober fand in Schweidnitz im Saale der „Brautommune“ die Bezirksversammlung statt. Der Vorstand hatte es unternommen, der Bezirksversammlung eine Defektliche Buchdrucker-versammlung voranzugehen zu lassen, zu welcher auch die Nichtmitglieder und Gutenbergbündler eingeladen erhalten hatten; etwa 40 hatten auch der Einladung Folge geleistet. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden des Bezirks, Hoffmann-Waldenburg, begrüßte derselbe die gut besuchte Versammlung, insonderheit den Gauvorsitzer

Fiedler, und erteilte genanntem Kollegen das Wort zu seinem Vortrage: „Die Tarifverhandlungen im Buchdruckgewerbe.“ Bei der folgenden Diskussion fanden es einige Mitglieder nicht für richtig, daß sie infolge des Beschlusses von Organisation zu Organisation an dem Erfolge der neuen Tarifverhandlungen als ausgeschlossen zu gelten haben. Kollege Fiedler erwiderte, daß er dieses nur als selbstverständlich betrachten könne, da doch der Gutenberghund bis dato so gut wie nichts für die Tarifverfeinerung getan habe. Von Seiten unserer Mitglieder wurde bemängelt, daß Anspruch auf Erhöhung des Lohnes nur diejenigen Kollegen haben, welche mit nicht mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnt werden. Im großen und ganzen waren die Mitglieder etwas enttäuscht über die Erhöhung des Minimums um nur 10 Proz., da diese Erhöhung mit der ungeheuren Verteuerung der Wohnungs- und Lebensmittelpreise nicht im Einklange stehe. Hierauf schloß Vorsitzender Hoffmann die allgemeine Versammlung um 2 Uhr. — Nach erfolgter Mittagspause wurde die Bezirksversammlung abgehalten. Eingangs derselben, vom Kollegen Hoffmann eröffnet, nahm Kollege Profop-Schweidnitz Gelegenheit, die anwesenden Mitglieder im Namen der Mitgliedschaft Schweidnitz zu begrüßen. Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 134 Mitgliedern, und zwar waren außer Salzbrunn aus jedem Druckorte des weitverzweigten Bezirks Kollegen vertreten. Vom Vorstande Waldenburg wurde ein Antrag zur Beratung gestellt, nach welchem Vorstandsmitgliedern, sofern solche auf Ersuchen der beteiligten Mitgliedschaften gezwungen, an irgendwelchen Beratungen, Versammlungen usw. teilzunehmen, die Kosten dafür aus der Bezirkskasse zu decken sind, soweit solche nicht von der Kasse bestritten werden. Nachdem einige Redner für und gegen den Antrag gesprochen, wurde derselbe bis auf weiteres angenommen. Nach einigen internen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband. Die nächstjährige Frühjahrsvollversammlung findet in Waldenburg statt.

W. Würzburg. Würdig ihren bisherigen Vorgängern in der diesjährigen Tarifbewegung, was äußerlich zahlreichen Besuch und Begeisterung betraf, reichte sich auch die am 8. Oktober abgehaltene außerordentliche Mitgliederversammlung an, in welcher unser Gauvortreter Seitz uns Bericht über die Verhandlungen des Tarifausschusses erstattete. Auf die mit starkem Beifalle aufgenommenen, auf zweifelhafte Ausführungen einzugehen, dürfte sich wohl erübrigen, und wenden wir uns deshalb gleich der lebhaftesten Debatte zu, welche sich dem Referate anschloß. Der Unmut über das Nichterzielte machte sich vor zwei Rednern gegen „unser Beamtentum, daß diesmal mit den Prinzipalen die Verhandlungen geführt und Abmachungen getroffen habe, denen von Kollegen vom Kassen niemals zugestimmt worden wäre“, Luft; denn die Gehilfenvertreter hätten nicht eine Forderung um die andere preisgeben, sondern vielmehr unser Machtverhältnis mehr zum Ausdruck bringen sollen. Den Angriffen gegen unsere „Beamten“ begegnete aus der Versammlung heraus scharfer Widerspruch, da man nicht verkennen dürfe, daß die Verhandlungen durch die bekannten Quertreiber der Tarifgegner aus Prinzipalstreifen äußerst erspart waren und gerade unsere Verwaltungsberechtigten durch ständige Fühlungsnahme mit unseren Funktionären in den verschiedenen Orten die Lage am besten beurteilen könnten. Die fünfjährige Dauer des Tarifes wurde als entsetzlich zu lange bezeichnet; denn in der gegenwärtigen Zeit der Vollmacherei können wir nicht sagen, was uns schon die allernächste Zeit für neue Bescherungen bringe. Kritisiert wurde besonders, daß eine Bestimmung in den Tarif aufgenommen ist, welche den Prinzipalen gestattet, im letzten Beschlagsstehende Lehrlinge drei Monate an der Segmaschine auszubilden; es würde sich in der Zukunft dies durch einen Ueberfluß an Maschinensehern und im weitem Gefolge davon, durch Sohnndrucker unliebsam bemerkbar machen. Daß es auch diesmal den Gehilfenvertretern nicht gelungen ist, die Gehilfskategorie der Maschinenmeister der der Seher anzupassen und dadurch ein nun schon lange bestehendes bitteres Unrecht an den Maschinenmeistern gut zu machen, erfuhr herbe Kritik. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit vor täglich fünf Minuten hätten die Vertreter besser dankend ablehnen sollen, um uns nicht dem Gespötte unserer Gegner preiszugeben. Daß die Lohnerbhöhung nicht allen Gehilfen zuteil wurde und die höher Entlohnerten leer ausgehen sollten, wurde bedauert und an die Kollegenschaft appelliert, sich hier solbarrisch zu erklären und diese nicht auf Gnade und Ungnade den Prinzipalen auszuliefern. Auch die dem Gutenberghunde gemachte Konzeption, ihren Hauptvorstande zu gestatten, sich ein „Raumbillet“ zu lösen, fand wenig Zustimmung. Zustimmung fand auch nicht allenthalben die diesmalige Taktik. Nachdem ein Antrag, bis zum Erscheinen des gedruckten Berichtes eine abwartende Stellung einzunehmen, gegen 16 Stimmen abgelehnt wurde, erfolgte gegen zwei Stimmen die Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung des Gutenberghundes Würzburg nimmt die Beschlüsse des Tarifausschusses zur Kenntnis; sie verkennt nicht die schwierige Lage der Gehilfenvertreter gegenüber der Prinzipalität sowohl wie äußere Mächtschaften; jedoch sieht sie sich veranlaßt, ihr tiefstes Bedauern über das geringe Entgegenkommen der Prinzipale in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit sowie die Aufhebung der über Minimum Entlohnungen auszusprechen. Nur der unverkennbare Fortschritt des neuen Tarifes in materieller wie organisatorischer Beziehung veranlaßt sie, den Tarifabmachungen ihre Zustimmung zu geben; betont wird nochmals das unverbrüchliche Festhalten der Mitgliedschaft Würzburg an der Erhöhung des Verkaufszuschlages um fünf Prozent. Die Versammlung richtet an die Prin-

zipale das bringende Ersuchen, allen Kollegen die tarifliche Aufbesserung zuzunehmen zu lassen.“ Wir erwarten also zuversichtlich, daß diesmal das Kreisamt dem alleseitigen, bringenden und nur zu berechtigten Verlangen auf Gewährung eines weiteren Verkaufszuschlages von fünf Prozent Rechnung trägt, um unsere wirklich großstädtischen Verhältnisse in puncto Teuerung auch den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend anzupassen versucht.

Rundschau.

„Die Verkürzung der Arbeitszeit vermindert den Profit nicht“, schreibt der „Vorwärts“ in seiner letzten Freitagssnummer unter der Rubrik „Gewerkschaftliches“. Zum Beweise dieser Behauptung teilt er darauf mit, daß eine große Weberei bei Kempton im Wälgau trotz der Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden wie im Vorjahre 6 Proz. Dividende verteilt habe. Fortfahrend heißt es dann: Die Buchdruckereibeitzer werden aus diesem Beispiele ersehen, daß eine Industrie desmengen noch lange nicht dem Untergange geweiht zu sein braucht, weil das soziale Empfinden der Unternehmer so entwickelt ist, daß sie ihren Arbeitern eine verkürzte Arbeitszeit gewähren.“ Wir finden ein derartiges Urteil aus der Feder eines Redakteurs, der speziell die Gewerkschaftsbewegung behandelt, unbegreiflich, und können es uns nur erklären durch den Umstand, daß solche Leute vor dem gar nicht oder wenig organisatorisch tätig gewesen sind und nach Anstellung in der Partei vollends der praktischen Gewerkschaftsarbeit entfremdet sind. Der im „Vorwärts“ gezogene Vergleich hinkt nämlich in jedem Betracht. Allgemein genommen stimmt ja die Hypothese, daß in einer längeren intensiven Arbeitszeit daselbe oder gar mehr geleistet werden kann als in einer um ein, zwei oder mehr Stunden längeren. Wo jedoch eine Arbeitszeit von 3. v. neun Stunden besteht, während welcher rational und angestrengt sowie unter Benutzung aller technischen Erzeugnisse gearbeitet wird, da kann niemals daselbe in acht Stunden geleistet werden. Je kürzer die Arbeitsdauer, um so größer die Ausnutzung der Arbeitskraft und -zeit. Eine weitere Verkürzung unter solchen Umständen bedeutet also eine Produktionsversteigerung, wofür ja die Parteipresse selbst Zeugnis abgibt. Denn kein Parteiblatt wird wohl von sich sagen können, daß lediglich durch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit sein Profit gestiegen sei. So liegen die Dinge aber allgemein im Buchdruckgewerbe, und deshalb kann man über den im „Vorw.“ gezogenen Vergleich zwischen einer Textilfabrik mit einer elf- resp. zehnstündigen Arbeitszeit — die Verkürzung der elfstündigen wird natürlich mit bedeutenden technischen Verbesserungen verbunden gemessen sein — und den in puncto besserer Arbeitszeitverkürzung jetzt noch wiesestrebenden Buchdruckunternehmern nur lächeln. Das Leserpublikum mit beratigen mechanischen Begriffsübertragungen zu regalisieren, bedeutet einen Appell an die Denkfaulheit der Masse. Wir würden uns gewiß ebenso lächerlich machen wie der „Vorw.“, wenn wir der Parteipresse zuwinken würden: Führt doch den Geschäftsbetrieb ein, eure Betriebe können sich dabei nur noch besser rentieren, da in sechs Stunden ja das gleiche wie in acht geleistet werden kann!

Eine beispiellose Frechheit besitzt ein Mann namens Johannes Goss, der ein sogenanntes „Einkaufsbureau der Papierwarenbranche und verwandter Geschäftszweige“ in Leipzig unterhält und dieses „Reford“ benennt. Insetwegen kann ein Geschäftsmann sein Unternehmen mit den schreibstehen Reklametteln belegen, das könnte uns nicht im geringsten kümmern. Da aber Joh. Goss auch Buchdruckarbeiten in Auftrag — eine eigne Druckerei hat er nicht — nimmt und solche zu Preisen offeriert, die man tatsächlich als den Reford der Preisschleuderei bezeichnen muß, so steigen wir dem Refordschleuderer im vorigen Jahre in Nr. 89 gehörig aufs Dach. Die von Goss ausgethete Idee, von seinen Kunden einen Bureaufkostenbeitrag zu erheben, wofür sie dann einen zweiten Rabatt von 20 Proz. erhalten sollen, nannten wir „eine Zumutung an leichtgläubige Menschen, die unter Geschäftsleuten der Papier- und Druckbranche hoffentlich vergeblich von Herrn Goss gesucht werden.“ Ferner sprachen wir die Ansicht aus, daß Goss in puncto Unterbietung tatsächlich den Reford schlägt. In Nr. 99 v. J. aber mußten wir schon wieder von der Refordschmuckfontur seitens Goss Notiz nehmen, weil er nämlich in Inseraten die ihm im „Korr.“ gewordene Abwimmelmelung als ein „ungewollt glänzendes Zeugnis der Konkurrenz“ ausschaltete! Natürlich ging eine solche Verdrehung der Tatsachen uns denn doch über die Hutspur, weshalb wir deutlich und verständlich erklärten: „Herr Johannes Goss, der Inhaber dieser Firma, muß ja ein ganz smarter Geschäftsmann sein, daß ihm solche Katastrophenverderben so aus dem Handgelenke heraus gelingen. Er würde uns einen Gefallen erweisen, wollte er uns die Adressen angeben, an welche er seine Zirkulare versandt. Wir würden dann seiner Kundschaft auseinandersehen, daß wir gar nicht als Konkurrenz in Betracht kommen können, wohl aber als eine Stelle, die solche Geschäftspraktiken als einen Krebsfuß haben öffentlich kennezeichnet und Herrn Goss unter die Leute einreißt, die ihr und unser Gewerbe dem Ruine zuführen.“ In diesem Jahre bekamen wir von einem Vereinsfunktionäre wiederum einen Gossischen Reklamewisch mit dem Ersuchen übermittelte, diesem unverbesserten Förderer der Schmutzkonkurrenz eins drauf zu geben. Wir taten das (in Nr. 54) in der Form, daß wir sagten, die Refordkonkurrenzmanöver von Goss zu

kritisieren, siele uns nicht mehr ein, nachdem wir gesehen, wie Goss eine volle Ladung der unabweislichsten Wahr- und Grobheiten in Anerkennungswürdigen verwandelt und als Reklame benutzte. Nun wird uns die Nr. 147 vom „Allgemeinen Wählzettel für den deutschen Buch- und Musikalienhandel“ (8. Oktober) zugefandt, worin sich eine große Anzeige von Goss befindet mit Aufpreisung von Druckarbeiten für den Geschäftsverkehr. Goss führt erst seine Preise pro 1000 Stück an und nennt dann (ob es stimmt, wissen wir nicht) dahinter den nach dem Minimaldruckpreissetze zu zahlenden Betrag. Es käme dabei meistens eine Differenz um 100 Proz. heraus! Wie gemeingefährlich die Preisschleuderei von Goss ist, kann man daraus schon vollständig ersehen. Schlimmer ist aber doch die Frechheit, die er sich am Fuße der Annonce leistet. Da steht nämlich zu lesen: „Der „Korrespondent“ für Deutschlands Buchdrucker schreibt: Siehe man den kurzen Auszug der Druck- und Papierpreise durch, so staunt man über die Niedrigkeit derselben.“ Unser Erstaunen darüber, wie jemand, der so von uns aus den Lumpen geschüttelt worden ist, den „Korr.“ noch als Kronzeugen für seine verwerflichen Geschäftspraktiken ansprechen kann, ist selbstredend nicht klein. Abgesehen davon, daß wir hinter jenen in Nr. 89 v. J. (3. August) gedachten Sage unmittelbar den sehr gemühtigen, von Goss natürlich fortgelassenen, brachten: Bei einigen Nachdenken muß sich aber jeder fragen, daß niemand um 60 Proz. unter dem Detailpreise liefern kann, hatten wir doch in der gleichen Notiz (wie nachfolgend in Nr. 99 und auch wieder in Nr. 54 d. J.) dem Johannes Goss unsere Meinung so deutlich gesagt, daß jeder andre genug hätte. Was nun gegen eine solche beispiellose Frechheit tun? Zum Kadi laufen und eine einstweilige Verfügung gegen diesen Unfug erwirken? Tun wir grundfänglich nicht. Weißt nichts andres übrig, als dem Johannes Goss für jeden Fall einer Anführung des „Korr.“ für sein unlauteres Geschäftsgebahren nicht nur einen Preisschleuderer, sondern auch einen Schwindler zu heißen.

Die von der Typographischen Vereinigung Leipzig veranstaltete Postartenausstellung ist Mitte Oktober nach Berlin überführt worden.

Die Buchhändlerbewegung in Hannover hat durch Abschließung eines vierjährigen Tarifes eine den Verhältnissen entsprechende befriedigende Lösung gefunden. Erreicht ist in der Hauptsache die Heraussetzung des Minimallohnes, und zwar für die Allgemeinheit von 21 auf 23 Mk. und für Spezialarbeiter von 23 auf fast 26 Mk. Die Arbeitsjahre sollen ebenfalls eine kleine Erhöhung erfahren, doch unterliegen diese noch der Regelung der gewählten Kommissionen in den einzelnen Geschäftsfächern. Einer begrenzten Lohnzulage im allgemeinen für die im Rohne beschäftigten Arbeiter haben sich die Prinzipale widersetzt, mit hier, einem hildereichen, Widerspruch eines Prinzipalvertreter zufolge, der Befreiung keinen Abbruch zu tun. Die weiteren hauptsächlichsten Forderungen außer der halbstündigen Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend haben leider nicht der Bewirkung näher gerückt werden können. Die Gültigkeit des Tarifes datiert vom kommenden 1. November ab. Auch unsere Schwäger haben sich also aus Klugheitsrücksichten manches versagen müssen.

Daß das Sigredakteurwesen großer Unfug ist, hat der Ausgang des Prozesses des Stadtrates und der Stadtverordnetenversammlung zu Gotha gegen das „Gothaer Tageblatt“ wiederum gezeigt. Wir nahmen bereits von diesem Prozesse in Nr. 114 Notiz, weil der Staatsanwalt dem einen der angeklagten Redakteure in unabweisbarer Weise seine Minderwertigkeit als Sigredakteur vor Augen gehalten hatte. Auf Umwegen erfahren wir nun, daß der Hauptredakteur einen Monat Gefängnis erhielt, der verantwortlich Zeichnende — ein zu diesem Zwecke herangezogener Seherkollege — freigesprochen wurde, und zwar, wie begründend ausgeführt sein soll, weil der eigentliche Redakteur andeutete; der Schriftsetzer würde sein Brot verloren haben, wenn er sich der Aufnahme des fraglichen Artikels widersetzt hätte. Zugegeben, daß der eigentliche Redakteur unseren Kollegen mit dieser Ueuerung vor einer Bestrafung retten wollte, so hat die Verwerflichkeit des Sigredakteurwesens aber gerade dadurch eine recht dicke Unterfreudung gefunden.

Eine Freisprechung infolge Nachsichtsamkeit von Staatsanwalt und Richter erreichte die „Volkszeitung“ zu Düsseldorf. Einer ihrer Redakteure sollte wegen Nichtaufnahme einer Verichtigung verurteilt werden. Da der Betreffende die in Betracht kommende Nummer aber gar nicht verantwortlich gezeichnet hat, mußte Freisprechung erfolgen.

„Postproletarier“ ist keine einen Postunterbeamten beleidigende Ueuerung, wie das Schöffengericht in Kassel ganz verständlich entschieden hat. Ein Duzend Postunterbeamter des Oberpostdirektionsbezirks Kassel küßte sich durch eine Notiz im „Volksblatt“ für Hessen und Waldeck“, worin jene Bezeichnung enthalten war, beleidigt. Der Staatsanwalt leitete sogar das Verfahren für die angeblich Beschimpften ein, das Gericht fand aber in dem Worte „Postproletarier“ nichts Beleidigendes.

Gemäßregelung wurde von der Leipziger Schulinspektion der Redakteur der „Leipziger Lehrzeitung“. Zwar ist der Mann, der einem recht ungeliebten Schuldirektor einen Einblick in dessen Sünderregister gestattete, nicht direkt gefangen, sondern es ist eine auf drei Jahre geltende Ermahnung an ihn gerichtet worden, mit der bezweckt werden soll, daß der Redakteur sich bessere. Die weitere Führung der Redaktion ist dem „Verantworten“ natürlich dadurch unmöglich. Die Behörden vermögen

nicht einzusehen, daß sie mit solchen Maßnahmen stets das Gegenteil von dem erreichen, was sie beabsichtigen.

In Zürich wurde der Verlagsbuchhändler Casar Schmidt verhaftet unter der Beschuldigung des betrügerischen Bankrottes. Der Verlag Casar Schmidt ist namentlich durch den Vertrieb politischer Schriften bekannt geworden; in Deutschland vor allem in der Periode des Sozialistengesetzes, während welcher zahlreiche in diesem Verlage erschienene politische und Sensationschriften konfisziert wurden.

Einen Gewerkschaftssekretär sucht die Gewerkschaftskommission in Berlin zum 1. Januar 1907 anstelle des jetzigen, in den Zentralvorstand der Schneider übertretenden Inhabers dieses Postens. Bewerber müssen Kenntnisse auf dem Gebiete der Sozialpolitik sowie Redo- und organisatorische Fähigkeiten besitzen. Den Bewerbungen ist die Angabe der bisherigen Tätigkeit und eine Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs beizufügen. Bewerbungen sind unter der Aufschrift: „Beitritt Anstellung eines Berliner Gewerkschaftssekretärs“ bis zum 31. Oktober an Wilhelm Börner, Berlin S., Ritterstraße 15, zu richten.

„Was man nicht deklinieren kann, sieht man als groben Unfug an;“ dieses hübsche Sprüchlein auf die wunderbare deutsche Jurisprudenz gegen Arbeiter soll anscheinend wieder zu vollen Ehren kommen, nachdem das Reichsgericht den Boykott als ein erlaubtes Kampfmittel bekarrt hat. Die Duisburger Strafkammer hat nämlich kürzlich als Berufungsinanz einen Arbeiter zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt bzw. seine gegen diese schöffengerichtliche Beurteilung eingelegte Berufung verworfen. Trotz wiederholten Hinweises auf das gebachte Reichsgerichtsurteil wurde die Verteilung eines Flugblattes von Haus zu Haus — also nicht öffentlich! — in Sachen der Boykottierung einer Wirtschaft als grober Unfug angesehen und unter diesem Gesichtspunkte die Berufung wie berichtet behandelt. Der Staatsanwalt erblickte sogar in der bloßen Bekanntgabe des Boykottes einen Verstoß gegen den Grobenunfugsparagrafen (§ 360 Abs. 11 des Strafgesetzbuches). So sehen sich die unteren Gerichtsinstanzen über Reichsgerichtsurteile hinweg!

Die Gesellschaft für internationalen Arbeiterschutz trat im Anschlusse an die diplomatische Arbeiterschutzkonferenz, über deren Verlauf wir kurz in Nr. 117 berichteten, zu einer Tagung in Genf zusammen. Wenn die Tätigkeit dieser Kongresse sich auch nur in dem Rahmen von Vorschlägen bewegt, so bieten sie doch manches Bemerkenswerte, und vor allen Dingen ist doch die Tendenz, einen besseren Arbeiterschutz herbeizuführen, anerkennenswert. Ueber den Umfang der gewerblichen Kinderarbeit und die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der gewerblich tätigen Kinder mit Einschluß des Begriffs des Kindes sollen die Sektionen an das Bureau der Gesellschaft Bericht erstatten. Der nächsten Delegiertenversammlung soll dann ein umfassender Bericht vorgelegt werden. Nach einem Vortrage über Gewerbegehalte wurde das Bureau ersucht, die Landessektionen zu veranlassen, so bald als möglich Sachkundige namhaft zu machen, die in ihren Ländern Erhebungen über die Gefahren bei der Herstellung und der Verwendung der Bleifarben in der keramischen und polychromatischen Industrie anzustellen haben. Weiter sollen die Landessektionen bis zum 1. März 1908 dem Bureau auch Berichte über das Verbot der Bleifarben vorlegen, in denen mitzuteilen ist, ob das Verbot durch Gesetze oder auf dem Verwaltungswege angeordnet wurde, und ob es nur für öffentliche Arbeiten oder nur für Privatarbeiten oder für beide gilt. Eine Kommission von drei Sachverständigen aus drei Ländern wurde beauftragt, auf Grund der von den Landessektionen eingelaufenen Listen eine endgültige Aufstellung der wichtigsten gewerblichen Gifte nach dem Grade ihrer Gefährlichkeit auszuarbeiten. Die Versammlung sprach auch die Hoffnung aus, daß die Staaten, die bisher dem Weisphosphorverbot nicht beigetreten sind, ihm in nächster Zeit beitreten werden, und beauftragte die Sektionen dieser Länder, die nötigen Erhebungen vorzunehmen und mit allen Mitteln auf die Erlassung eines solchen Verbotes hinzuwirken. Bei der Frage der Nachtarbeit jugendlicher Personen wurden acht Thesen beschlossen, die ausprechen: Die Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter soll im allgemeinen verboten werden. Das Verbot soll bis zum 14. Jahre ein absolutes sein, bei Jugendlichen über 14 Jahre aber in Fällen höherer Gewalt oder ausnahmeweser Verhältnisse, dann in Industrien, deren Rohprodukte schnellem Verderben unterworfen sind, und darum zur Vermeidung großen Schabens Ausnahmen gestattet sein sollen. Auf Betriebe mit weniger als zehn Arbeitern sollen diese Bestimmungen keine Anwendung finden. Die Nachtarbeit ist gänzlich zu untersagen in Handelsgewerbe wie in den Bureaus derjenigen gewerblichen Betriebe, in denen die Nachtarbeit untersagt ist. Wo eine solche vorgeschrieben ist, soll die Dauer der Nachtarbeit der in der Berner Konvention der diplomatischen Arbeiterschutzkonferenz vereinbarten entsprechen. Die Vereinigung sprach den Wunsch aus, daß die Inspektion ernstlich durchgeführt werde. Ueber den Maximalarbeitstag referierte Professor Sombart. Die Vereinigung sprach in ihren Beschlüssen dazu aus: 1. daß die Festsetzung eines Maximalarbeitstages von hohem Interesse ist für die Erhaltung und Förderung der physischen und geistigen Kräfte der Arbeiter und Angestellten; 2. daß nebst den durch die Anstrengungen der organisierten Arbeiterschaft bereits erzielten oder noch zu erzielenden Erfolgen die Intervention des Gesetzgebers notwendig ist, um die all-

gemeine Festlegung eines Maximalarbeitstages zu ermöglichen; 3. daß, um über die Nützlichkeit internationaler Verträge in dieser Frage orientiert zu sein, das Internationale Arbeitsamt der nächsten Generalversammlung Berichte vorlegen sollte über: a) die Dauer der täglichen Arbeitszeit der erwerbsfähigen Arbeiter und Angestellten; b) die Wirkungen der bereits durch Gesetz, Verwaltungsmassnahmen oder die Privatinitiative erzielten Beschränkungen des Maximalarbeitstages. Die Frage der Heimarbeit wurde eingehend diskutiert. Die internationale Vereinigung kam zu dem Schlusse, daß die in der Hausindustrie bereits nachgewiesenen Uebelstände ein Eingreifen der Staatsgewalt notwendig machen. Sie ersuchte daher die nationalen Sektionen, von ihren Regierungen gesetzliche Massnahmen zu verlangen, durch welche für die Arbeitgeber (Verleger und Zwischenhändler) die Verpflichtung ausgesprochen wird: 1. Ein Verzeichnis der von ihnen außerhalb ihrer Betriebsmerkmale beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu führen; 2. jeder der beschäftigten Personen bei der Auftragserteilung einen Zettel mit genauer Angabe des Stücklohnes auszuhandigen und in den Räumen, in denen die Auszahlung des Lohnes stattfindet, den im Geschäft in Gebrauch stehenden Lohnzettel anzuschlagen; weiter die Ausdehnung der Gewerbe- und Fabrikinspektion sowie der sozialen Versicherungen auf die Heimarbeiter anzustreben. Ferner ist sowohl im öffentlichen als im Interesse des Arbeiters strittige Anwendung der allgemeinen sanitären Vorschriften und Gesetze auf ungedungte Wohnräume, in denen die Heimarbeit ausgeübt wird, zu verlangen und der Erlass derartiger Bestimmungen dort zu bewirken, wo sie noch nicht bestehen. Schließlich ist die Bildung und Tätigkeit von Berufsorganisationen, Käuferligen usw. anzuregen und zu fördern. Ueber die Frage der Arbeiterversicherung entnahm die Vereinigung den Berichten der verschiedenen nationalen Sektionen, daß durch eine Verständigung der Staaten der Grundsatz der Gleichberechtigung der Ausländer und Inländer in bezug auf die Leistungen der Versicherungen durchgeführt werden kann. Sie übergab ihren Sektionen auch einzelne Arbeiten, durch welche die Verwirklichung dieses Grundsatzes gefördert werden soll.

Die ungarische Regierung hat dem Parlamente Gesetzentwürfe über die Kranken- und die Unfallversicherung vorgelegt, Vorlagen über die Alters- und Invalidenversicherung sollen folgen.

Zum letzten Sonntage waren im Ruhrreviere 207 Versammlungen der Bergarbeiter einberufen, um zur Lohnfrage Stellung zu nehmen. Diese 207 Versammlungen waren hergestalt einberufen, daß auf den Deutschen Bergarbeiterverband 108, auf den christlichen Gewerkeverein 79 und auf die Christ- und Arbeitervereine 20 Versammlungen einzulassen. Von der einen Seite wird behauptet, der Bergarbeiterverein habe die von der Eisenwerk-Kommission übermittelte 15proz. Lohnerhöhung abgelehnt; dann wird wieder berichtet, diese mächtige Unternehmerorganisation habe überhaupt noch nicht Stellung genommen zu der Lohnfrage der Bergleute. Glaubhaft klingt die letztere Nachricht gewiß nicht. — Die Berliner Werkzeugmacher streiken. — In Solingen, Wald, Ohligs usw. sind 1000 Messerschleifer ausständig, weil die Fabrikanten das um 10 Proz. erhöhte Preisverzeichniss nicht anerkennen. — Der Streik der Hafnarbeiter in Mannheim ist ein allgemeiner. Der Arbeitgeberverband will den eingereichten Tarif nicht anerkennen. — Wegen des Ausstandes der Wollschuhmacher steht die Auslieferung von 2000 Schuhamachern in Berlin, die bei den Innungsmeistern beschäftigt sind, bevor. — Der Streik der Maurer in Hayreuth, welcher vom 17. Mai an dauert, ging verloren. — Die Kupferschmiede in Nordhausen haben sich nach einem Kampfe von 13 Wochen mit ihren Meistern geeinigt. — Nach einem drei Monate währenden Kampfe haben die Textilarbeiter in Gussfischen von ihren Forderungen einiges nachgelassen, worauf die Verständigung zustande kam.

In Wien haben die Schneider (männliche und weibliche) den Ausstand eröffnet. In Triest desgleichen. — In Budapest stellten 2500 Bäcker die Arbeit ein. — In Lodz herrscht ein allgemeiner Streik, auch die Zeitungen erscheinen nicht. Der Kreisbezirksrat hat einen „Befehl“ des Gouverneurs veröffentlicht, demzufolge alle Industrielle, die ihren Arbeitern während des jetzigen Streiks Lohn bezahlen, 3000 Rubel bezahlen müssen oder mit drei Monaten Gefängnis bestraft werden; der gleiche „Befehl“ erging an die Kaufmannschaft. — Der Ausstand der Werkarbeiter auf dem Eydewerke ist nicht beendet, sondern dauert in größerem Umfange fort.

Eingänge.

Der Wahre Jakob. Erscheint alle 14 Tage. Verlag: Paul Singer, Stuttgart. Nr. 19 u. 20. Preis der Nummer 10 Pf., bei Postbezug pro Quartal 65 Pf. Sozialdemokratie und Anarchismus von W. H. Gerberg. 32 Seiten. Preis 20 Pf. Verlag: Gerisch & Co. in Ludwigshafen a. Rh.

Briefkasten.

M. G. in Halle a. S.: Die Prüfung bewußter Angelegenheit haben wir einem befreundeten Kollegen übertragen, der jedoch vor Beginn seiner etwas späten Ferien nicht mehr dazu gekommen ist. Wenn er heil und brauchbar wiederkommt, werden wir sogleich einen Erprobungsversuch an ihm vornehmen. — G. B. in Hof: Bis dahin nicht möglich. Näheres geht Ihnen von anderer Seite noch zu. — G. W.: Die Ausnahmestimmungen bleiben bestehen, sofern die Gesellen solche verbaren wollen. — R. M. in Neustrelitz: Sehen Sie das

Beispiel nach in Nr. 118, Seite 5, 2. Spalte (vor dem § 33). — G. M. in Straßburg: Unter jolanen Verhältnissen unmöglich. Gruß! — D. R. in Düsseldorf: Bestätigen Ihnen gern, daß Sie mit dem Einsender der Notiz aus Welle in Nr. 117 nicht identisch sind. — Th. R. in Emden: Abgelehnt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorferstraße 13, 1.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für:

- Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 29.
- Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue de Tunnel 1.
- Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro.
- Oesterreich: F. Reimüller, Wien VII/1, Ziegler-gasse 25.
- Ungarn: Julius Peidl, Redakteur der „Typographia“, Budapest VI, Hunyadi-ter 3, 1.
- Kroatien: Ludwig Wieser, Präsident des Kroatischen Buchdruckervereins, Agram, Primorska ulica 2.
- Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Miliza-gasse 3.
- Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei.
- Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I. Nr. 1 (Bursa Munciei).
- Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“.
- Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocefisso 15.
- Frankreich: A. Keufer, Paris 6e, Rue de Savoie 20.
- Luxemburg: W. Bastendorf, Luxemburg, Philipp-strasse 7.
- Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.
- Holland: P. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60.
- Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybro-gade 12.
- Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgade 20.
- Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgatan 22a.
- Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Abresenveränderungen.

- Böhm.** (Maschinensekretärvereinigung) Vorsitzender: G. Lornquitt, Wittenerstraße 50.
- Hof i. B.** Vorsitzender: Heinrich Bechtel, Theresienstraße 14.
- Zorgau.** Vorsitzender: R. Schülze, Kassierer: G. Nitzel, Feldstraße 7, II.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einnendungen sind innerhalb 14 Tage nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

- In Aurich der Seher Friedr. Meinen, geb. in Aurich 1883, ausgel. das 1902; war schon Mitglied. — In Emden der Seher Christian v. d. Welde, geb. in Emden 1888, ausgel. das 1906; war noch nicht Mitglied. — J. Preuß in Leer, Altmarktstraße 46.
- In Bernau l. der Faktor Julius Schiemann, geb. in Königsberg i. Pr. 1871, ausgel. das 1889; war schon Mitglied; die Seher 2. Hermann Behmann, geb. in Diebental 1882, ausgel. in Bernau 1901; war noch nicht Mitglied; 3. Franz Schrentholz, geb. in Bernau 1886, ausgel. das 1904; war schon Mitglied. — Gustav Freitag in Eberswalde, Moltkestraße 4.
- In Dortmund der Seher Otto Wolfgardt, geb. in Rangenberg (Rheinl.) 1879, ausgel. das 1897; war schon Mitglied. — In Hamm die Seher 1. Wilh. Richter, geb. in Hamm 1888, ausgel. das 1906; 2. Heinrich Franke, geb. in Hamm 1887, ausgel. das 1906; 3. Otto Krüd, geb. in Weslar (Rheinl.) 1887, ausgel. in Hamm 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Hörde der Seher Rudolf Röcker, geb. in Warup 1888, ausgel. in Hörde 1906; war noch nicht Mitglied. — In Soest der Seher Heinr. Dikberg, geb. in Soest, ausgel. das 1901; war noch nicht Mitglied. — Aug. Schippers in Dortmund, Braunschweigerstraße 27.
- In Germersheim der Drucker Wilhelm Mayer, geb. in Germersheim 1887, ausgel. in Kirchheimbolanden 1904; war noch nicht Mitglied. — Wilh. Hoffmann in Speier, Schönstraße 1.
- In Olagau der Seher Maximilian Schmidt, geb. in Bromberg 1867, ausgel. in Neustettin 1884; war schon Mitglied. — G. Hiesler, Polnische Straße 9, Stb. II.
- In Hamburg die Seher 1. Richard Gelbig, geb. in Hamburg 1887, ausgel. das 1906; 2. Simon Fleischmann, geb. in Romarom 1879, ausgel. in Waizen 1896; 3. Konrad Müller, geb. in Leer 1883, ausgel. das 1901; 4. der Stereotypenr. Jul. Rud. Wötter, geb. in

Langensalza 1876, ausgl. in Dresden 1904; 5. der Korrektor C. F. Brandenburg, geb. in Hamburg 1864; waren noch nicht Mitglieder; 6. der Seher D. J. W. Schmidt, geb. in Hamburg 1854, ausgl. daf. 1873; war schon Mitglied. — U. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 40, I.

In Kiel die Seher 1. Mathias Busen, geb. in Oldenburg i. S. 1837, ausgl. daf. 1906; 2. Emil Terney, geb. in Kappeln i. S. 1883, ausgl. daf. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — C. König, Schauenburgerstraße 80, p.

In Landau (Pfalz) 1. der Seher Valentin Weber, geb. in Herzheim a. W. 1887, ausgl. in Landau 1904; 2. der Schmeizerbege Friedrich Schoch, geb. in Schwab.-Hall 1888, ausgl. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Anton Sauer, Birnbaumstraße 3.

In Riffa die Seher 1. Georg Schade, geb. in Riffa 1888, ausgl. daf. 1906; 2. Karl Wislany, geb. in Tschausdorf 1888, ausgl. in Riffa 1906; waren noch nicht Mitglieder. — In Posen die Seher 1. Hermann Kofa, geb. in Breslau 1879, ausgl. daf. 1898; war schon Mitglied; 2. Leo Munzke, geb. in Mirosław 1888, ausgl. in Schneidemühl 1906; war noch nicht Mitglied; 3. der Drucker Leopold Schiefinger, geb. in Preuzen-Kopan (Ungarn) 1882, ausgl. daf. 1898; war schon Mitglied. — In Schrimm der Seher Thaddeus Denbinski, geb. in Schroda 1886, ausgl. daf. 1905; war

noch nicht Mitglied. — F. Wagner in Posen O. 1, Berlinerstraße 18.

In Meppen der Seher Ludwig Friedrich, geb. in Ouderstadt 1888, ausgl. daf.; war noch nicht Mitglied. — Karl Rabes in Osnabrück, Bürgerstraße 21.

In Nordhausen der Seher Gustav Zille, geb. in Nordhausen 1878, ausgl. daf. 1896; war noch nicht Mitglied. — Robert Schulze in Sangerhausen, Hüttenstraße 41.

In St. Johann (Saar) 1. der Seher Luitpold Heil, geb. in Heingenhausen (Pfalz), ausgl. in Lauterbach (Pfalz) 1906; war noch nicht Mitglied; 2. der Drucker Karl Fint, geb. in Kreuznach 1873, ausgl. daf. 1892; war schon Mitglied. — W. Tholey in St. Johann (Saar), Sulzbachstraße 7, III.

In Staßfurt der Seher Paul Beyer, geb. in Staßfurt 1887, ausgl. daf. 1906; war noch nicht Mitglied. — Emil Büttner in Ufcherleben, Wolfsberg 3.

In Wanne der Seher Heinrich Langenfeld, geb. in Münster 1879, ausgl. daf. 1897; war schon Mitglied. — G. Friedemann in Bochum, Wiemelhauserstraße 42.

In Weilburg der Seher Ferdinand Löw, geb. in Burg-Selbhausen 1880, ausgl. in Weilburg 1898; war noch nicht Mitglied. — H. Bachert in Wiesbaden, Jahnstraße 17.

In Wehlar der Seher Heinrich Müy, geb. in Oberbiel 1889, ausgl. in Wehlar 1906; war noch nicht Mitglied. — U. Holland in Gießen, Schulstraße 11, II.

Arbeitslosenunterstützung.

Seher. Der Drucker Gustav Krause aus Leipzig-Neuschönefeld (Hauptbuchnummer 53776) wird ersucht, die zu Unrecht erhaltene Krankenunterstützung von 6 Mk. an den hiesigen Kassierer H. Köhler, GutsMuthsstraße 4, zurückzuführen. Die Herren Reisekassenverwalter werden gebeten, R. auf vorstehendes aufmerksam zu machen.

Widau. Die Herren Reisekassenverwalter werden ersucht, dem auf der Reise befindlichen Drucker Walter Lichtenberg (Hauptbuchnummer 49241) der hier erhaltenen Vorkauf von 2 Mk. abzugeben und portofrei an E. Geringwald hier selbst, Glauchauerstraße 24, einzufenden. Sollte sich Betreffender in Kondition befinden, so wollen die Vertrauensleute ihn auf diese Notiz aufmerksam machen.

Verammlungskalender.

Landau (Pfalz). Bezirksversammlung Sonntag den 21. Oktober, nachmittags 2 Uhr, im „Zwifels“ zu Landau. Tagesordnung durch Zirkular.
Leipz. (Dittl.) Bezirksversammlung am 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.

Allerorts

Suche Herren, w. Betr. erstl. Wagnersartikel nebenbei übernehmen. Hoher Verdienst. Ausf. kostenlos an jedermann. [884] Herm. Wolf, Zwickau (Sachsen), Nordstr. 30.

Tüchtige Graveure

in Schriftzeug und Stahl finden sofort Beschäftigung in der Schriftgießerei Cronau, Schöneberg-Berlin.

In meiner Abteilung Maschinenbau finden einige tüchtige

Maschinenbauer

die schon in Schriftgießereien tätig waren, dauernde, aufgebüßte Stellung. Ausführliche Angebote mit Zeugnisabschr. und Lohnforderungen erbeten an die Schriftgießerei Emil Gurth, Berlin SW 20, Gneisenaustraße 21. [928]

Verlag von Julius Mäser in Leipzig-R.

Hilfsbuch für Maschinenmeister. Erster Teil. Leitfaden für das Studium der Schnellpressenkonstruktion. 3 Mk. — Zweiter Teil. Der Maschinenmeister an der Schnellpresse. 3 Mk. — Dritter Teil. Die Rotationsmaschine nebst Rundstereotypie. 3 Mk.
Die Rotations Schnellpresse nebst Rundstereotypie. 3 Mk.
Zurichtung und Druck von Illustrationen. 3 Mk.
Anleitung zum Farbendrucke auf der Buchdruckpresse und -maschine 1 Mk.
Die Schnellpresse, ihre Konstruktion und Behandlung usw. Von Künzel. 1 Mk.
Die Schnellpresse, ihre Konstruktion und Behandlung usw. Von Eisenmann. 1 Mk.
Die Herstellung der Kompositionswalzen und ihre Behandlung. 50 Pf.
Anleitung zur Stereotypengießerei in Gips- und Papiermatrizen. 2 Mk.
Die Galvanoplastik und ihre Anwendung in der Buchdruckerkunst. 2 Mk. [562]
Typographische Jahrbücher, lehrreichstes, bill. Buchdruckerfachblatt, ersch. monatlich. Jedes 25 originale Druckmuster enthaltende Heft 50 Pf.

Leipzig.

Mittwoch den 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in der „Alberthalle“ des Kristallpalastes:

Verbandsmitgliederversammlung

(Fortsetzung der Versammlung vom 7. Oktober).

Tagesordnung:

Die stattgefundenen Tarifrevision und unsere Stellungnahme hierzu.

Zutritt ist nur Verbandsmitgliedern gestattet! Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Der Gauvorstand.

Karl Engelbrecht, Vorsitzender.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Reellste und billigste Zigarren-Bezugsquelle zu Engrospreisen!



Nebenstehende Original 7 1/2 Pf.-Zigarre mild, doch pikante Qualität
100 Stück
4,65 Mk.

Ferner empfehlen wir folgende erprobte Qualitäten. Preis pro 100 Stück:
Kleine Mexikozigarre . . . 2,75 Mk. | St. Clara (Vorsteulanden) . . . 3,75 Mk. | St. Andreas Mexiko, (vors.) . . . 4,25 Mk. | Planage, mittel bis kräftig . . . 5,50 Mk.
Preferida, 5-Pf.-Zigarre . . . 3,— | Viktoriapflanzler, 6-Pf.-Zig. . . 4,— | Leon, Qualitätszigarre . . . 4,50 | „The Milky, zartester Deli . . . 5,—
Hav. Star, mild und mittel . . . 3,50 | „Doll-Pflanzler, hochfein . . . 4,50 | „Alvarez (vorigl. Qualität) . . . 5,— | „La Cubana, Import-Ersatz . . . 6,50
Nicht unter 100 Stück. — 300 Stück franko Deutschland Nachnahme. — 1000 Stück, auch verschiedene Sorten, 6% Rabatt. — Nichtzusagendes nehmen zurück.

Czollek & Gebale, Zigarren-Fabrik-Engros-Lager Berlin C., Spandauer Brücke 7, 1 Tr.

zweites Haus vom Hackeschen Markt.

Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends. — Sonntags bis 2 Uhr.

Telephon: Amt III, No. 1939. Telephon: Amt III, No. 1939.

Galvanoplastiker

am liebsten militärfrei, tüchtig im Formen und Aufdecken, zum sofortigen Antritt gesucht.
J. Ch. Zanker in Nürnberg. [956]

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Berichtigung.

Die in Nr. 119 des „Korr.“ angekündigte Wahlversammlung der Mitglieder unserer Kasse ist dahin zu berichtigen, daß dieselbe nicht am 18. Oktober d. J., sondern am Sonntag den 28. Oktober d. J., vormittags präzis 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr im Stabliement Bughagen, Moritzplatz, stattfindet. [952]
Berlin, den 11. Oktober 1906.

Der Vorstand. Joh. Glent, Vorsitzender. Otto Wontzki, Schriftführer.

Brockhaus Kleines Konversations-Lexikon sowie alle anderen Werke liefert gegen bequeme monatliche Zeitzahlung H. Wilhelm, Dresden-R. Scheffler 7. Spezial für Dresdner Koll. empfehle mich zur Lieferung von Facilitäten. Prospekt zu Diensten. — Kollegen als Vertreter gesucht! [650]

Leichter Nebenverdienst bietet sich für Buchdrucker durch den Vertrieb des Gasförmigen „Gutenberg“ in den Rufen der Jahre in 10 Minuten befristet. Näheres durch Hans Geymoldt, Berlin SW, Röhrlingstraße 6, I. [917]

Stuttgarter graph. Versandhaus Th. Leiblus, Gutenbergstr. 4 gegründet 1892. Telefon 4700.
empfehlen sämtl. Buchdrucker-Utensilien, Setzerblenden, blaue Schutzanzüge, farb. Schmucksachen und Gutscheinbriefe etc.
Preisliste gratis und franko. [922]

Rich. Augustin, Berlin [691] Oranienstraße 103, nahe der Lindenstraße. Saal (200 Personen). & Vereinszimmer. Zelttagstisch 80 Pf. mit Bier. Tel. Amt IV 5652.

Der „Kleine Brockhaus“ komplett 2 Bände à 12 Mark!

Ich liefere das komplette Werk ohne Preisaufschlag und franko schon bei einer wöchentlichen Ratenzahlung von 50 Pf. ab, und werden Bestellungen und Zahlungen von den bekannten Subskriptionstellen des „Goldenen Buches“ entgegengenommen. Sie ersparen dadurch Porto und die Mühe des Einsendens der Raten. Wo solche Stellen nicht existieren, bitte ich, einen vertrauenswürdigen Kollegen damit zu beauftragen, dem ich Musterband und Subskriptionslisten sofort franko und unberechnet liefere. Bei Arbeitslosigkeit wird auf Benachrichtigung Zahlung gestundet!

Auch Einzelbestellungen werden gegen Ratenzahlung prompt ausgeführt!

Max Schmitz, Versandbuchhandlung, Leipzig-R., Kronprinzstraße 19.

Das Saisonheft der „Typographischen Jahrbücher“ ist ein Novitätenheft im vollsten Sinne des Wortes. Nicht weniger wie 38 Kunstblätter zeigen die neuesten Erfindungen auf graphischem Gebiete! Dabei ist das Heft kein Doppelheft, sondern es wird den Abonnenten zum Preise von 50 Pfennig geliefert. Alle Buchhandlungen und Vertreter nehmen Abonnementsbestellungen entgegen. [958]

Die beiden letzten Jahrgänge des „Deutschen Buch- und Steindruckers“ werden event. zu kaufen gesucht. Werde Off. unter L. A. 1544 an Rudolf Hesse, Wittenburg, erbeten. [958]

Um postlichen Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, wolle man alle für den „Korr.“ bestimmten Geldsendungen nicht an die Geschäftsstelle oder Expedition des „Korr.“, sondern an Konrad Gähler adressieren.

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des „Korr.“ (Konrad Gähler), Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarkte können nicht befürdet werden. Die Geschäftsstelle des „Korr.“

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 45
liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Romanizer zum Minimal-Druckpreis-Tarif. Mit etwa 130 in Satz, Druck, Papier und Buchbinderarbeit genau nach dem Tarife ausgeführten Druckarbeiten. In festem, feinem Einbandkasten. 20 Mk.
Härtel, Geil Gutenberg, Geil der Kunst! Mannesdorf. Part.-Ausgabe à 10 Pf.
Der moderne Zirkel und seine Entwicklung bis zur Gegenwart 1 Mk.